

Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster



Die AfD vor den Landtagswahlen 2016

Programme, Profile und Potenziale

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2016

OBS-Arbeitspapier 20

OBS-Arbeitspapier 20
ISSN 2365-1962 (Online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt/Main
Tel.: 069-6693-2810
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
Internet: www.otto-brenner-stiftung.de

Autoren:

Alexander Hensel, Dr. Lars Geiges,
Robert Pausch, Julika Förster
Göttinger Institut für Demokratieforschung
Weender Landstr. 14
D-37073 Göttingen
Tel.: 0551-391701-08
Fax: 0551-39170101
E-Mail: alex.hensel@demokratie-goettingen.de
Internet: www.demokratie-goettingen.de

Projektmanagement:

Jupp Legrand (OBS)

Lektorat:

Elke Habicht, M.A.
www.textfeile.de

Satz und Gestaltung:

Complot-mainz.de

Titelbild:

©fotolia.de/Foto-Ruhrgebiet

Redaktionsschluss:

1. Februar 2016

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden. In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt.

Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Das über Jahrzehnte weitgehend stabile deutsche Parteiensystem ist in den vergangenen Jahren stark in Bewegung geraten. Traditionelle Wählerbindungen sind erodiert, die Volatilität ist gestiegen, die Wahlethaltung hat zugenommen, Koalitionsbildungen werden schwieriger. Dieser Wandel betrifft nicht nur die klassischen Volksparteien. Auch Bedeutung, Rolle und Stellung der kleineren Parteien verändern sich. Während sich Linkspartei und Grüne zuletzt – vor allem auf Landesebene – profilieren konnten und inzwischen sogar jeweils einen Ministerpräsidenten stellen, kämpft die FDP nicht erst seit dem Scheitern bei der Bundestagswahl 2013 um ihr politisches Überleben. Hinzu kommen immer wieder neue Akteure, die für Wirbel und Verunsicherung im Parteienwettbewerb sorgen. Vor einigen Jahren bestaunte die Republik erst den rasanten Aufstieg und dann den jähen Absturz der Piratenpartei. Trotz einiger überraschend hoher Wahlergebnisse scheint es ihr nicht zu gelingen, dauerhaft einen Platz im Parteiensystem einzunehmen. Während von den Piraten heute kaum noch jemand spricht, sind nunmehr alle Augen auf die „Alternative für Deutschland“ (AfD) gerichtet.

Nach ihrer Gründung Anfang 2013 hat die AfD eine hochdynamische Entwicklung genommen: Als euroskeptische „Professorenpartei“ gelang ihr ab 2014 der Einzug ins Europaparlament sowie in fünf Länderparlamente. Doch schon im Jahr 2015 geriet die AfD aufgrund innerparteilicher Meinungsverschiedenheiten ins Straucheln. Nach forcierten Konflikten und einer Zuspitzung des Machtkampfs zwischen einem eher wirtschaftsliberalen und dem rechtskonservativ orientierten Flügel kam es im Sommer 2015 zum Bruch. AfD-Parteigründer Bernd Lucke unterlag auf dem turbulenten Bundesparteitag in Essen dem von Frauke Petry geführten gegnerischen Lager und zog sich gemeinsam mit einer Reihe anderer prominenter Wirtschaftsliberaler aus der Partei zurück. Mit der (Ab-)Spaltung des Lucke-Flügels ging eine Radikalisierung der Rest-AfD einher: Gesellschaftspolitisch ist sie deutlich nach rechts gerutscht und agiert auf Bundesebene in der Flüchtlingskrise offen rechtspopulistisch. Andere sehen in ihr bereits eine rechtsradikale Partei, die einen Fall für den Verfassungsschutz darstelle.

Anders als von vielen Beobachtern erwartet, hat die Spaltung und Radikalisierung der AfD strategisch bislang wenig geschadet. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Nicht der Petry-Teil der AfD führt ein Schattendasein am Rande des Parteiensystems, sondern die „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (Alfa) des Lucke-Flügels wirkt marginalisiert und ohne Perspektive. Spätestens seit Herbst 2015 und vor allem nun, kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, befindet sich die AfD deutlich im Aufwind: Ihre Umfragewerte (auch in den westdeutschen Ländern) steigen. Anfang Februar 2016 erlangt sie bundesweit Rekordwerte von bis zu 12 Prozent, die Partei ist medial omnipräsent und ihr Führungspersonal in den Schlagzeilen. Kurzum: Der Ausgang der am 13. März anstehenden Wahlen

in den drei Bundesländern könnte wegweisend werden. Sollten der AfD Erfolge gelingen, wäre sie immerhin in der Hälfte der bundesdeutschen Länderparlamente vertreten, ihre Chancen auf eine weitere Etablierung würden damit erheblich steigen – und die strategische Ausgangslage für die Bundestagswahl im Herbst 2017 würde sich noch einmal deutlich verbessern.

Vor diesem Hintergrund soll unsere (von Anfang Dezember 2015 bis Anfang Februar 2016 vom Göttinger Institut für Demokratieforschung durchgeführte und von der Otto Brenner Stiftung geförderte) Studie einige wichtige Fragen beantworten.

- Was ermöglicht und fördert den momentanen Zuspruch der AfD in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt?
- Was fordert diese Partei und was will sie in den drei wahlkämpfenden Landesverbänden erreichen?
- Wie reagiert die AfD auf regionale Besonderheiten und wie versucht sie die aktuelle politische Konstellation zu nutzen?
- Wie steht es um Organisation, Personal und Kandidaten und wie geht die junge Partei mit den typischen Etablierungshürden für neue Parteien um?
- Wie reagieren die Protagonisten der AfD auf die erheblichen politischen Widerstände, die ihnen als Rechtspopulisten entgegengebracht werden?

Die Otto Brenner Stiftung setzt mit dieser Studie ihre Untersuchungen zur Erforschung von neuen und kleinen Parteien fort. Wir wollen dazu beitragen, Hintergründe für den tiefgreifenden Wandel des Parteiensystems auszuleuchten, indem wir insbesondere Parteien „im Schatten der Macht“ unsere Aufmerksamkeit widmen. Autoren und Stiftung wissen: Wegen der momentan hochdynamischen Entwicklung können nicht alle Fragen aufgegriffen und noch weniger abschließend geklärt werden, weitere Forschungen bleiben also notwendig. Dennoch lohnt es sich sehr, gerade während der laufenden Landtagswahlkämpfe genauer hinzuschauen. Das hat ein junges Team vom Göttinger Institut für Demokratieforschung getan und Details wie auch Hintergründe analysiert, die in der erhitzten Debatte mit und um die AfD zuweilen unterzugehen drohen. Die Ergebnisse geben nicht nur Aufschluss über die aktuelle Lage der AfD in den drei untersuchten Ländern, sondern ermöglichen auch interessante Ausblicke auf die nähere Zukunft und die weitere Entwicklung der AfD insgesamt.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung

Frankfurt am Main, im Februar 2016

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
2. Die AfD in Baden-Württemberg	11
2.1 Politische Ausgangslage	11
2.2 Entwicklung und Organisation des Landesverbandes	13
2.3 Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016.....	16
2.4 Wahlkampf: Ressourcen, Strategien und Kandidaten	18
2.5 Wählerpotenziale der AfD in Baden-Württemberg	21
3. Die AfD in Rheinland-Pfalz.....	23
3.1 Politische Ausgangslage	23
3.2 Entwicklung und Organisation des Landesverbandes	24
3.3 Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016.....	26
3.4 Wahlkampf: Ressourcen, Strategien und Kandidaten	28
3.5 Wählerpotenziale der AfD in Rheinland-Pfalz.....	30
4. Die AfD in Sachsen-Anhalt.....	32
4.1 Politische Ausgangslage	32
4.2 Entwicklung und Organisation des Landesverbandes	33
4.3 Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016.....	36
4.4 Wahlkampf: Ressourcen, Strategien und Kandidaten	37
4.5 Wählerpotenziale der AfD in Sachsen-Anhalt.....	40
5. Fazit	42
6. Quellen- und Literaturverzeichnis.....	48
6.1 Literatur	48
6.2 Medien- und Pressebeiträge	51
6.3 Sonstige Quellen.....	56
7. Autoreninformation.....	60

1. Einleitung

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) befindet sich derzeit auf Erfolgskurs. War sie nach der Abspaltung des wirtschaftsliberalen Flügels im Sommer 2015 strategisch und politisch noch empfindlich geschwächt, sehen Demoskopien die Partei im Januar 2016 bundesweit stabil im zweistelligen Bereich. Während die etablierten Parteien um einen richtigen Umgang mit den rechten Emporkömmlingen ringen, kündigt sich bei den anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ein politisches Fanal an: Umfragen des ZDF-Politbarometers zufolge liegt die AfD in allen drei Ländern komfortabel oberhalb der Sperrklausel und würde sich aus dem Stand zentral in den jeweiligen Parteiensystemen positionieren. Mit aktuell 9 Prozent in Rheinland-Pfalz scheint sie FDP, Linke und Grüne zum Teil deutlich zu überflügeln; mit aktuell 11 Prozent in Baden-Württemberg und gar 15 Prozent in Sachsen-Anhalt kommt sie laut Umfrageergebnissen in beiden Ländern gar der geschwächten Sozialdemokratie nahe (o. V. 2016a, 2016b, 2016c).

Motor des momentanen Höhenflugs der AfD ist dabei die Polarisierung in der asylpolitischen Debatte. Mit scharfer Kritik und Abgrenzungen konnte die AfD eine Lücke im parteipolitischen Wettbewerb besetzen und die verbreitete Skepsis gegenüber dem Kurs der Bundesregierung sowie die damit verbundenen steigenden Ängste, Befürchtungen und Ressentiments der Bevölkerung parteipolitisch kanalisieren (Petersen 2016). Dramatische Ereignisse wie die Terroranschläge von Paris oder die eskalierenden außenpolitischen Konflikte um das europäische Grenzregime spielten der Partei dabei in die Hände. Im Rahmen ihrer „Herbstoffensive“ initiierte die AfD bundesweit Protestveranstaltungen gegen „Asylchaos“ und „Politikversagen“. So konnte sie vor allem in Ostdeutschland lokale Mobilisierungserfolge erzielen, woraufhin sowohl die mediale Aufmerksamkeit als auch die politischen Umfragewerte merklich anstiegen (vgl. Infratest Dimap 2016a). Als entscheidender Katalysator wirkten indes die erhitzten Debatten über die sexuellen Übergriffe in Köln und anderen Städten zum Jahreswechsel. Die allgemeine Empörung über die Ereignisse, die zögerliche mediale Berichterstattung sowie die Informationspolitik der Ermittlungsbehörden ließen sich geradezu idealtypisch mit Analysen, Forderungen und der Gesamterzählung der AfD verbinden.

Die Grundlagen des Erfolgs der AfD reichen jedoch weiter zurück. Bereits seit ihrer Gründung im Jahr 2013 entwickelt sich die Partei dynamisch und konnte zentrale Etablierungshürden des politischen Wettbewerbs zügig passieren. Als reputierlich erscheinende Professorenpartei reüssierte sie zunächst mit wirtschaftswissenschaftlich fundierter Euroskepsis, womit sie in der politischen Bearbeitung der Eurokrise über ein „Alleinstellungsmerkmal“ (Niedermayer 2015: 186) gegenüber der weithin propagierten Politik der „Alternativlosigkeit“ (Korte et al. 2015)

► Tabelle 1:

Wahlergebnisse der AfD bei Landtagswahlen ab 2013

Datum	Landtagswahl	Wahlergebnis AfD	gewonnene Sitze AfD*	Wahlbeteiligung
22.09.2013	Hessen	4,1 %	–	73,2 %
31.08.2014	Sachsen	9,7 %	14 (14*)	49,1 %
14.09.2014	Brandenburg	12,2 %	11 (10*)	47,9 %
14.09.2014	Thüringen	10,6 %	11 (8*)	52,7 %
15.02.2015	Hamburg	6,1 %	8 (8*)	56,5 %
10.05.2015	Bremen	5,5 %	4 (1*)	50,2 %

* Nach Austritten etc. derzeitige Mitgliederzahl der AfD-Fraktionen, Stand: 28.01.2016.

Quelle: Bundeswahlleiter (2015a).

verfügte. Als bürgerlich-liberale Protestpartei scheiterte sie bei der Bundestagswahl 2013 mit 4,7 Prozent nur knapp an der Sperrklausel; von 2014 an gelang ihr ein parteienhistorisch bemerkenswerter elektoraler Erfolgslauf: Mit 7,1 Prozent zog sie ins Europaparlament und mit zum Teil zweistelligen Ergebnissen in fünf Landesparlamente ein (Bundeswahlleiter 2013a, 2014a), wobei sie im Osten der Republik nationale und identitäre Themen besonders betonte (Werner 2015a: 75-85).

Trotz dieser Erfolge verlief die Parteientwicklung der AfD jedoch keineswegs störungsfrei. Während innerparteiliche Konflikte im Modus permanenter Wahlkämpfe und rasanten Organisationsaufbaus zunächst leidlich eingehengt werden konnten, spitzten sich ein interner Lagerkampf sowie die Kritik am „autoritären Führungsstil“ des Parteigründers und -vorsitzenden Bernd Lucke ab Ende 2014 sukzessive zu (Decker 2015: 117 f.). Mehr und mehr verschärften sich ideologische und machtpolitische Konflikte zwischen dem von Lucke geführten wirtschaftsliberalen Flügel und einem nationalkonservativen und stärker gesellschaftspolitisch orientierten Lager um Frauke Petry und Alexander Gauland. Bereits im März 2015 deutete sich die Parteisplaltung an: Der nationalkonservative Flügel hatte, angeführt von den ostdeutschen Landeschefs Björn Höcke und André Poggenburg, in der programmatischen „Erfurter Resolution“ eine eindeutiger „patriotische“ und rechte Ausrichtung der Partei gefordert (Der Flügel 2015a). Die Gruppierung um Bernd Lucke reagierte mit der „Deutschland-Resolution“, in der „Sachkompe-

tenz“ und „Realitätssinn“ den „flachen Parolen“ der Nationalkonservativen entgegengestellt wurden (Kölmel et al. 2015). Auf dem Essener Parteitag im Juli 2015 schließlich kam es zum Zerwürfnis. Lucke verlor die Wahl zum Bundessprecher gegen seine Opponentin Frauke Petry, verließ in der Folge mit mehr als 2000 Mitgliedern die AfD und gründete die neue Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (Alfa) (Bielicki 2015).

Diese Entwicklung unterminierte eine bis dahin zentrale strategische Ressource der AfD. Denn die populistisch überformte Verquickung wirtschaftsliberaler und nationalkonservativer Positionen galt als „programmatische und elektorale ‚Gewinnerformel‘“ (Decker 2015: 113). Hinzu kam der Verlust organisatorischer Synergieeffekte durch die bisherige Kooperation beider Lager. Infolge des Rückzugs prominenter Wirtschaftsliberaler wie etwa Hans-Olaf Henkel oder Joachim Starbatty gewannen im politischen Profil national- sowie rechtskonservative¹ Positionen an Bedeutung, die sich vor allem in der Geschlechter-, Familien- und Migrationspolitik niederschlugen. Einst zentrale euroskeptische Forderungen rückten dagegen in den Hintergrund. Spätestens seit der Abspaltung des Lucke-Flügels weist die AfD die für rechtspopulistische Parteien charakteristischen Merkmale auf: Populistisch ist die AfD aufgrund ihrer vehementen Anti-Establishment-Kritik und ihres Anspruchs, als einzige ‚Alternative‘ die eigentlichen Interessen des Volkes beziehungsweise von dessen schweigender Mehrheit zu vertreten (Decker 2015: 113). Darüber hinaus rechtspopulistisch ist die AfD aufgrund ihrer exklusiven Vorstellungen eines als homogen imaginierten Volkes, das es gegenüber allem Fremden sowie äußeren Feinden vehement zu schützen gilt (vgl. Lewandowsky 2015: 222). Wenngleich die Erfolgsaussichten einer thematisch derart verengten AfD zunächst weniger rosig erschienen (Werner 2015b), eröffnen die derzeitigen gesellschaftlichen Polarisierungs- und politischen Radikalisierungsbewegungen einer rechtspopulistischen Kraft durchaus die Chance der parlamentarischen Etablierung im deutschen Parteiensystem (Korte et al. 2015: 66 f.; Nestler/Rohgalf 2014). Jenseits der populistischen Orientierung ist überdies festzustellen, dass die AfD keine ausschließliche Protestformation darstellt. Vielmehr besetzt sie auch gesellschaftspolitisch rechtskonservative, traditionalistische Leerstellen, die u. a. durch die Modernisierung der Union im Parteienwettbewerb entstanden sind (Decker 2015: 111; Korte et al. 2015: 62 f.; Walter et al. 2011: 208-216).

Ob und in welcher Form das Szenario eines parlamentarisch etablierten Rechtspopulismus in Deutschland Wirklichkeit wird, könnte indes wesentlich von Entwicklungen in den laufenden Wahlkämpfen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt abhängen. Denn erstens können erfolgreiche Landtagswahlergebnisse zum Ausbau und zur Konsolidierung der

¹ Richard Stöss (2013: 578) schlägt die Begriffe des National- bzw. Rechtskonservatismus zur Klassifikation für Parteien des rechten Randes vor. Diese vereinten, so Stöss, reaktionäre und autoritäre Elemente, wiesen jedoch keine konsistente völkisch-nationalistische Ideologie auf.

Personal- und Ressourcenbasis sowie zu etwaigen machttettonischen Verschiebungen innerhalb der Gesamtpartei beitragen – und beides ist für die Entwicklung der Gesamtpartei bis zur Bundestagswahl 2017 durchaus bedeutsam. Zweitens können die Wahlkämpfe als politische Laboratorien für inhaltliche Positionierung und ideologische Profilierung sowie als Probestühne für mediale Inszenierung und politische Stilbildung einer neuen AfD nach Lucke fungieren – und damit gleichsam aufzeigen, wo und auf welche Weise die Partei im deutschen Parteiensystem politisch rangieren kann.

Vor allem in (Vor-)Wahlkämpfen treten innerparteiliche Strukturen und Kulturen, Konflikte und Mechaniken mithin besonders deutlich zutage. Hier setzt unsere Studie an, die die AfD-Landesverbände in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt vergleicht. Untersucht werden dabei jeweils

- (1) die politische Ausgangslage der jeweiligen Bundesländer,
- (2) Entwicklung und Organisation der Landesverbände,
- (3) die Wahlprogramme,
- (4) Wahlkampfstrategien und Kandidaten sowie
- (5) Wählerpotenziale.

Die unterschiedlichen sozialstrukturellen und regionalkulturellen Hintergründe in den drei Bundesländern bedingen jeweils unterschiedliche Anpassungs- und Profilierungsstrategien der Landespartei und geben damit wichtige Hinweise auf generelle Strategien und Positionierungsmöglichkeiten der AfD. Unsere Studie knüpft damit an die vorliegende Forschung zur AfD an,² soll aber insbesondere einen Beitrag zur bislang weithin unerforschten Entwicklung der AfD auf Landesebene leisten (Häusler/Roeser 2015c: 12). Erste Einordnungsversuche lagen zuvor lediglich zu Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern vor.³ Zudem soll unsere Arbeit vor allem die Wandlungen und Kontinuitäten der AfD seit ihrer Spaltung erhehlen. Über diese aktuelle Phase der Parteientwicklung gibt es bislang nur einzelne Beiträge, die auf eine ideologische Homogenisierung im Zuge eines „Rechtsrucks“ der AfD (Häusler/Roeser 2015b) sowie die nun deutliche Betonung von identitätspolitischen Themen hinweisen (Behrmann 2015). Hinzu kommt aktuell die Frage, auf welche Weise die AfD die Zuspitzung der Asyldebatte politisch zu nutzen versucht.

Dabei greift unsere Untersuchung Erfahrungen aus der die Entwicklung neuer und nicht-etablierter Parteien begleitenden Forschung auf (Hensel/Klecha 2013; Klecha/Hensel 2013;

² Wissenschaftliche Analysen der AfD untersuchten bislang Organisation und Aufbau sowie Gelegenheitsstrukturen im Parteienwettbewerb (Niedermayer 2015; Nester/Rohgalf 2014; Werner 2015a), Wahlprogramme und Wählerschaft (Berbuir et al. 2014; Arzheimer 2015; Franzmann 2014) und Akteure und Netzwerke (Bebnowski 2015; Bebnowski/Förster 2014; Häusler/Roeser 2015a; Kemper 2013).

³ Vgl. zu Brandenburg Botsch et al. (2015), zu Mecklenburg-Vorpommern Behm (2015) und zu Thüringen Häusler/Roeser (2015c).

Bebnowski/Förster 2014). Infolge der hohen Aktualität und des noch unsteten Charakters des Forschungsgegenstandes soll die Annäherung an die AfD querschnittsorientiert und methodologisch offen erfolgen.⁴ Die Auswertung relevanter Medienbeiträge und verfügbarer Parteipublikationen wird dabei durch die Analyse demoskopischer Daten sowie durch Erkenntnisse aus teilnehmenden Beobachtungen von insgesamt 6 Partei- und Wahlkampfveranstaltungen und Hintergrundgesprächen mit 13 Funktionsträgern und Kandidaten in verschiedenen Ländern ergänzt. Auf diese Weise soll die Studie nicht nur formal fixierte, sondern auch situative Positionierungen zentraler Akteure sowie organisatorische und politisch-kulturelle Entwicklungen erforschen. Einschränkend ist zu ergänzen, dass die Entwicklung der AfD in den drei Landesverbänden nur bis einschließlich Anfang Februar 2016 erfasst werden konnte und daher mögliche politische Eruptionen und strategische Volten der Partei sowie ihrer Umwelt bis zum 13. März mithin nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

4 Für eine methodologische Offenheit und „empirische Zugänge jenseits der Programmatik“ plädiert deutlich auch Lewandowsky (2015: 129) nach einer Durchsicht der bislang vorliegenden Literatur zur AfD.

2. Die AfD in Baden-Württemberg

2.1 Politische Ausgangslage

Das erst im Jahr 1952 gegründete Bundesland Baden-Württemberg wird immer wieder als einziger Fall einer „erfolgreichen Neugliederung“ in der Bundesrepublik beschrieben (Wehling 2005: 35). Aktuell geht es dem Land in wirtschaftlicher und sozialstruktureller Hinsicht im Gegensatz zu den Stadtstaaten, den ost-, aber auch den westdeutschen Flächenländern überdurchschnittlich gut: Geringe Arbeitslosigkeit, auch unter Jugendlichen, niedrige Armuts- und Hartz-IV-Empfänger-Quoten werden durch hohe Pro-Kopf-Einkommen und ein überdurchschnittlich hohes Bruttoinlandsprodukt ergänzt (Statista 2014a). Obgleich oftmals auf vielfältige historische, politisch-kulturelle und ökonomische Unterschiede im Land hingewiesen wird (Eilfort 2008: 105), gilt Baden-Württemberg insgesamt als stabil; tradierte Konflikte scheinen weitgehend eingehegt.

Das baden-württembergische Parteiensystem hat historisch eine für Westdeutschland typische Entwicklung vollzogen und sich lange Zeit vor allem durch eine dominante Stellung der Christdemokratie ausgezeichnet (Eith 2008: 103). Diese verfügte hier über besonders stabile Wählerbindungen – deren Wurzeln in die Zeiten des Kulturkampfes 1860-1876 zurückreichen (Wehling/Wehling 2007: 18) – und eine strukturelle Mehrheit, während die Sozialdemokratie analog dazu traditionell stets schwach gewesen ist. Das nach einer Konzentrationsphase entstandene Dreiparteiensystem der 1970er Jahre öffnete sich Anfang der 1980er für neue Parteien. Die Grünen gelangten erstmals 1980 in den Stuttgarter Landtag und entwickelten sich fortan im Südwesten auf Landesebene überaus erfolgreich weiter: Von 1984 bis 2001 stellten sie die drittstärkste, seit 2011 sogar die zweitstärkste Fraktion (Statistisches Landesamt BW 2015). 1992 und 1996 zogen im Zuge der bundesweiten Polarisierung der asylpolitischen Debatte die Republikaner in den Stuttgarter Landtag ein (Eilfort 2007: 42).

Eine besondere Zäsur bedeutete die jüngste Landtagswahl im Jahr 2011 (Gabriel/Kornelius 2011): Nach 58 Jahren an der Regierung büßten sowohl die CDU mit einem Ergebnis von 39 Prozent als auch die mit 5,3 Prozent nur noch knapp im Landtag vertretene FDP jeweils etwa 5 Prozent ihrer Stimmen ein (Statistisches Landesamt BW 2011). Dieser empfindlichen Schwächung des klassischen bürgerlichen Lagers stand ein Triumph der Grünen gegenüber, die ihren Stimmenanteil auf 24,2 Prozent verdoppeln konnten und damit knapp vor der SPD (23,1 Prozent) lagen. Daraufhin entstand unter Führung Winfried Kretschmanns die bundesweit erste grün-rote Koalition auf Landesebene, der eine schwarz-gelbe Opposition im Landtag gegenübersteht. Regierung und Ministerpräsident genießen Ende Dezember 2015 hohe Zustimmungswerte in

► Tabelle 2:

Mitglieder und Organisationsgrad der AfD-Landesverbände

AfD-Landesverband	Mitgliederzahl		Organisationsgrad Landesverbände**
	absolut	prozentual*	
Nordrhein-Westfalen	3.293	18,44	0,0248
Baden-Württemberg	2.608	14,60	0,0342
Bayern	2.384	13,35	0,0252
Hessen	1.623	9,09	0,0367
Niedersachsen	1.620	9,07	0,0266
Sachsen	1.041	5,83	0,0308
Rheinland-Pfalz	993	5,56	0,0322
Berlin	837	4,69	0,0339
Brandenburg	734	4,11	0,0350
Schleswig-Holstein	710	3,98	0,0317
Thüringen	510	2,86	0,0281
Hamburg	413	2,31	0,0318
Mecklenburg-Vorpommern	367	2,06	0,0267
Sachsen-Anhalt	335	1,88	0,0168
Saarland	280	1,57	0,0351
Bremen	109	0,61	0,0224
Summe (Inland)	17.857	–	–
Ausland	149	–	–
Summe (Inland + Ausland)	18.006	–	–

AfD-Mitgliederzahlen, Stand 28.01.2016.

* Prozent der Mitglieder nur für Inland berechnet.

** Organisationsgrad hier berechnet als prozentualer Anteil der AfD-Mitglieder an Wahlberechtigten im Bundesland. Stand: jeweils letzte Landtagswahl.

Quelle: Bundeswahlleiter (2015a); AfD (2016a).

der Bevölkerung, während die vier im Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der SPD, die aktuell bei lediglich 18 Prozent liegt, in den Umfragen keine nennenswerten Einbrüche oder Zugewinne verzeichneten (Infratest Dimap 2015a).

2.2 Entwicklung und Organisation des Landesverbandes

Der AfD-Landesverband Baden-Württemberg wurde im April 2013 in Karlsruhe gegründet, unmittelbar nach Gründung des Bundesverbandes. Er gliedert sich regional in 38 Gebietsverbände, die sich auch in Städten als Kreisverbände bezeichnen (AfD-BW 2015a), womit die AfD im Südwesten über eine flächendeckende regionale Organisationsstruktur verfügt. Mit rund 2600 Mitgliedern (o. V. 2015a) stellt Baden-Württemberg nach Nordrhein-Westfalen und vor Bayern derzeit den zweitgrößten Landesverband innerhalb der AfD. Ihr Organisationsgrad ist damit doppelt so hoch wie in Sachsen-Anhalt (vgl. Tab. 2, S. 12). Als offizielle Jugendorganisation wurde 2014 die „Junge Alternative“ (JA) anerkannt, die sich ein Jahr zuvor im Land gegründet hatte und nach eigenen Angaben etwa 150 Mitglieder zählt (JA 2015a; Binkowski 2015). Der Landesvorstand der baden-württembergischen AfD umfasst seit Juni 2015 14 Mitglieder. Als Landessprecher fungieren der ehemalige Professor für Verbraucherpolitik Lothar Maier, der im badischen Kehl ansässige Finanzwissenschaftler und AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen sowie der promovierte Wirtschaftswissenschaftler Bernd Grimmer aus Pforzheim. Die inhaltlichen Aufgaben der Vorstandsmitglieder sind formal differenziert verteilt. Kernaufgaben der politischen Geschäftsführung und Strategieplanung liegen vor allem bei Meuthen und Grimmer, Letzterer ist zudem übergreifend für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Maier koordiniert die Vorfeld- und Unterorganisationen des Landesverbandes. Für die Programmatik sowie die diesbezügliche Abstimmung zwischen Bundes- und Landespartei ist der Karlsruher Philosophiedozent und stellvertretende Landessprecher Marc Jongen verantwortlich (AfD-BW 2015b).

Bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 konnte die AfD 18 Mandate in Kreistagen und 28 Mandate in Gemeinderäten erringen (Statistisches Landesamt BW 2014a), von denen sie im Zuge der innerparteilichen Spaltung im Sommer 2015 jedoch einige wieder verlor. In Karlsruhe und Heidelberg beispielsweise ist sie mit einzelnen Abgeordneten, im Pforzheimer und Stuttgarter Gemeinderat mit einer eigenen Fraktion vertreten, was für Partei und Mandatsträger einen erheblichen Ressourcenzuwachs sowie Möglichkeiten zur medialen Profilierung und politischen Professionalisierung bedeutet. Der Spaltungsprozess nach dem Essener Parteitag im Juli 2015 führte laut Landesgeschäftsstelle zu Austritten von rund 300 Parteimitgliedern, darunter prominente Akteure wie die Europaparlamentarier Bernd Kölmel und Joachim Starbatty (Ruf 2015),

die zu Bernd Luckes Alfa-Partei wechselten, die im Südwesten rund 450 Mitglieder zählt (o.V. 2015a). Obgleich der baden-württembergische AfD-Landesverband lange Zeit als „Hochburg der Gemäßigten“ galt (Speit 2016), sind dort mit der „Patriotischen Plattform“ und dem „Pforzheimer Kreis“ zwei Formationen des äußersten rechten Randes der AfD besonders stark (Häusler/Roeser 2015b; Wehaus 2015a). Dabei gilt im konfessionell geprägten Baden-Württemberg insbesondere der ultrachristliche Pforzheimer Kreis als innerparteilicher Machtfaktor. Dessen Vertreter nutzten die ab 2014 im Zuge der Debatte über den grün-roten Bildungsplan entbrannte „Kulturkampfstimmung“ (Soldt 2015a) im Land für ihren Kampf gegen „Genderismus“ und „weltanschauliche Beliebigkeit“. Sie verfügen über gute Verbindungen zur Stuttgarter „Demofür-alle“-Bewegung, die gegen eine vorgebliche „Frühsexualisierung“ und Dekonstruktion der Familie durch die „Gender-Ideologie“ mobilisiert (etwa: M. P. 2015).

Zugleich spiegelt das Spitzenpersonal des Landesverbandes das einstige Profil der AfD als Professoren- und Akademikerpartei wider. Der Landesvorstand wird von Hochgebildeten und Gutsituierten dominiert: 5 der 14 Mitglieder im Landesvorstand haben promoviert, zwei zudem eine Habilitation vorzuweisen, fast alle ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Auch unter den Direktkandidaten für die Landtagswahl ist der Anteil der Promovierten außergewöhnlich hoch (AfD-BW 2016a). Das politische Aushängeschild des Landesverbandes ist der Spitzenkandidat Jörg Meuthen, der als Co-Sprecher von Frauke Petry auch bundesweit eine gewisse mediale Aufmerksamkeit erfährt. In der Partei gilt Meuthen als Liberaler: Wirtschaftspolitisch ein Verfechter von Deregulierung, jedoch mit konservativem Gesellschaftsbild, im öffentlichen Auftritt sachlich und konziliant, dabei jedoch „abgeklärt und ohne Feuer“, wie Beobachter bemerken (Lachmann 2015a). Er sei ein „Kopfmensch“, sagte Meuthen über sich, der den sachlichen Diskurs schätze; mit der völkischen Emphase und den „schrillen Tönen“ eines Björn Höcke könne er nichts anfangen (Neuerer 2015). Gleichwohl meidet Meuthen bislang die Konfrontation mit dezidierten Parteirechten.⁵ Einen ähnlich bürgerlich-honoratiorenhaften Habitus pflegt Meuthens Co-Sprecher Lothar Maier. Der 70-Jährige verließ seine ehemalige Partei, die SPD, aus Protest gegen die Europapolitik und fungiert auch als Vorsitzender der AfD-Fraktion im Stuttgarter Stadtrat. Dort gilt er als Widerpart Heinrich Fiechtners, eines Vertreters des rechten Flügels, und Eberhard Bretts, Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Patriotischen Plattform. Im Gegensatz zu seinen Fraktionskollegen gilt Maier als pragmatisch, sachorientiert und gemäßigt (Braun/Nauke 2015a). Zu Pegida etwa ging er – anders als viele seiner Mitstreiter im Landesverband – demonstrativ auf Distanz (Wehaus 2015b).

⁵ Meuthen stimmte im Bundesvorstand offenbar gegen ein von Frauke Petry vorgeschlagenes Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke nach dessen rassistischer Rede auf einer Veranstaltung des neurechten Instituts für Staatspolitik (Amann 2016). Im Sommer 2015 hatte Meuthen bereits ein Parteiausschlussverfahren gegen den Stuttgarter Stadtrat Heinrich Fiechtner gestoppt, der den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“ verglichen hatte (Nauke 2015). Die jüngsten brachial-rechtspopulistischen Ausfälle des Landtagskandidaten Markus Frohnmaier tat Meuthen mit einem Hinweis auf dessen jugendliche Unerfahrenheit ab (Dorfs/Ruf 2016).

Das moderate Profil der Spitzenkräfte kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Südwesten der Exodus der Liberalen Folgen zeitigte. Mindestens 6 der 14 Vorstandsmitglieder im Landesverband bekannten sich im Zuge des Spaltungsprozesses zu der von Björn Höcke initiierten Erfurter Resolution, in der die AfD als patriotische „Widerstandsbewegung“ gegen die Aushöhlung der deutschen Identität durch „Gesellschaftsexperimente“ positioniert wurde (Der Flügel 2015b).⁶ Hinzu kommt Joachim Kuhs, der als Schriftführer sowohl im Landesverband der AfD wie auch in den Vorständen der Patriotischen Plattform und der Bundesvereinigung „Christen in der AfD“ aktiv ist (Patriotische Plattform 2015; ChrAfD 2016). Für schrille Töne und rabiate Positionen bekannt ist etwa die stellvertretende Landessprecherin Christina Baum. In ihrer Bewerbungsrede um den Posten der Landessprecherin warnte sie im Januar 2015 vor einer „immer stärkeren Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils“ und einem „schleichenden Genozid“ an den Deutschen (Soldt 2015b). Als eine der Ersten ihres Landesverbandes unterzeichnete sie im Frühjahr 2015 die Erfurter Resolution und lud mit ihrem Kreisverband, gegen die offizielle Linie des Landeschefs Meuthen, den Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke zu einem Wahlkampfauftritt ein (Schätze 2016). Bereits im Herbst 2015 war sie als Gastrednerin auf Höckes Erfurter Demonstrationen aufgetreten. Die Teilnehmer beschwor sie als die „Avantgarde des deutschen Widerstandes“ gegen die Politik Angela Merkels, welche Deutschland in ein „multikulturelles Krisengebiet“ verwandeln wolle (Baum 2015). Als weiterer baden-württembergischer Redner bei den Erfurter Demonstrationen tritt Markus Frohnmaier in Erscheinung. Der 24-jährige Jurastudent aus Tübingen ist Mitglied im Landesvorstand und Vorsitzender der Jungen Alternative in Baden-Württemberg sowie seit dem Parteitag im Mai 2015 auf Bundesebene. In Erfurt erklärte er den „linken Gesinnungsterroristen“ und dem „Parteienfilz“: „Wenn wir kommen, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht“ (Frohnmaier 2015). Nach den sexuellen Übergriffen in Köln während der Silvesternacht bekundete Frohnmaier im Interview mit dem ARD-Magazin „Kontraste“, Politiker wie Claudia Roth hätten an diesem Abend „mittelbar mitvergewaltigt“ (o.V. 2016e). Bekannt sind Frohnmaiers Kontakte zu Vertretern der Neuen Rechten. So gab er etwa der neurechten Zeitschrift „Blaue Narzisse“ mehrere Interviews und lud den Herausgeber Felix Menzel zu einer von der JA organisierten Lesung nach Stuttgart ein (Binkowski 2015). Vor seinem Engagement in der AfD war Frohnmaier in der rechtskonservativen „Aktion Linkstrend stoppen“ aktiv sowie, Vorwürfen Bernd Luckes zufolge, in der vom Verfassungsschutz beobachteten „German Defence League“ (Wieschmeyer 2015). In der Partei steht Markus Frohnmaier der Patriotischen Plattform nahe (Binkowski 2015). Zahlreiche im Internet kursierende Fotos und Videos, etwa

6 Die Unterzeichner sind Alfred Bamberger, Christina Baum, Jan Czada, Markus Frohnmaier, Bernd Grimmer und Carola Wolle.

vom gemeinsamen Singen der Nationalhymne (vgl. JA 2014a), belegen seine enge Verbindung zu Björn Höcke, den der 24-Jährige als politisches Vorbild nennt (Bytron 2015).

2.3 Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016

Ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 (AfD-BW 2015c) beschloss die baden-württembergische AfD auf ihrem Landesparteitag in Horb, der im Oktober 2015 nach dem beschriebenen Spaltungsprozess stattfand. Auf dem Titelblatt des ansonsten optisch spröde gehaltenen Papiers prangt die baden-württembergische Landesfahne, versehen mit dem Slogan „Für unser Land – für unsere Werte“. Auf 63 dicht bedruckten und in 12 Kapitel gegliederten Seiten wird ein breites inhaltliches Spektrum abgedeckt. Differenziert ausgearbeiteten Schwerpunkten im vorderen Teil, u. a. zur Innen-, Bildungs- und Familien- sowie Asyl- und Migrationspolitik, stehen eklektisch und unverbunden wirkende Programmteile und Partikularforderungen, etwa bezüglich der Infrastruktur-, Energie- oder Gesundheitspolitik, gegenüber. In Stil und Rhetorik ist das Programm um Sachlichkeit bemüht, obgleich insbesondere die Schwerpunktthemen passagenweise zuspitzend und polemisierend vorgetragen werden. Als übergreifender, wiederkehrender Deutungsrahmen fungiert der in der Präambel formulierte Anspruch der AfD, politische Advokatin eines durch vielfältige Entwicklungen bedrängten Bürgertums zu sein und dessen „Widerstand [...] gegen seine Abschaffung“ eine politische Form zu geben (ebd.: 5). Insgesamt bewegen sich die politischen Forderungen im Spannungsfeld zwischen wirtschaftspolitischem Liberalismus und gesellschaftspolischem Rechtskonservatismus, der mit zum Teil deutlich populistischen Zuspitzungen versehen wird. Überdies wird eine bestimmte, programmatisch jeweils passende Klientel angesprochen, etwa Jäger, Sportschützen, Polizeibeamte oder Hebammen.

Vor allem im Bereich Wirtschaftspolitik werden Unternehmer, Mittelständler und Arbeitgeber adressiert. Mit einer „Deregulierungsoffensive“ will man unnötige Vorschriften und Hemmnisse abbauen, welche seit Jahren „jede positive Vision für unsere Zukunft ausbrems[en]“ (ebd.: 40). Es brauche Steuersenkungen für Unternehmen, um deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt zu stärken, eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie ein Ende der bürokratischen Gängelung des Mittelstandes, der doch mit einer Vielzahl familiengeführter Unternehmen den Wohlstand des Landes garantiere. Offensiv wird die AfD als „Partner unserer Wirtschaft“ (ebd.) inszeniert, womit die Partei im Stammland des Liberalismus auf eine abtrünnige FDP-Wählerschaft abzielen scheint. Dazu passen ähnliche, auf Deregulierung, Selbstverantwortung und Bürokratieabbau gerichtete Forderungen etwa in Fragen der Energie-, Infrastruktur- oder Finanzpolitik. Sozialpolitische Akzentuierungen, verteilungspolitische

Argumente oder gar kapitalismuskritische Töne, mit denen etwa die sächsische AfD reüssierte (Werner 2015a: 76), findet man im wohlhabenden Baden-Württemberg nicht.

Dem stehen robuste, traditionell- und rechtskonservative Forderungen in gesellschaftspolitischen Bereichen gegenüber, die einer drohenden Verdrängung des klassischen Bürgertums und der Marginalisierung regionalkulturell fundierter Heimatvorstellungen entgegenwirken sollen.⁷ So präsentiert sich die AfD im umfangreichen zweiten Kapitel zur inneren Sicherheit als Bewahrerin von Recht, Gesetz und öffentlicher Ordnung, die durch eine ideologisch motivierte Kürzungspolitik der grün-roten Landesregierung bei Polizei und Justiz, politisch korrekte Rücksichtnahmen sowie eine verfehlte Einwanderungspolitik bedroht seien. Die AfD fordert, „Strafgesetze endlich wieder konsequent anzuwenden“ (AfD-BW 2015c: 8), die Ressourcen der Polizei massiv aufzustocken und in der Rechtsprechung richterliche Härte walten zu lassen. Ein weiteres Refugium rechtskonservativer Deutungsmuster stellen die eng miteinander verwobenen Themenkomplexe Familien-, Geschlechter- und Bildungspolitik dar. Grüne Minderheitenpolitik und ideologischer Egalitarismus bedrohten die klassische Familie, leugneten Leistungsunterschiede und natürliche Differenzen. Ergebnis sei eine Gesellschaft der moralischen Beliebigkeit. Dagegen positioniert sich die AfD als Hüterin von Tradition und Altbewährtem und kämpft für eine klassische Vater-Mutter-Kind(er)-Familie als „Fundament unserer Gesellschaft“ (ebd.: 28). Mit besonderer Verve werden Gleichstellung, Gender-Mainstreaming und die „staatliche Propaganda für sexuelle Minderheiten“ kritisiert, die in einer Frühsexualisierung der Kinder gipfle (ebd.: 6). Hierbei bezieht sich die AfD insbesondere auf die Debatte um den Bildungsplan der grün-roten Landesregierung, der u. a. auf eine stärkere Vermittlung sexueller Vielfalt im Schulunterricht abzielte. Auch fordert die Partei eine Beibehaltung des mehrgliedrigen Schulsystems, das existierenden Differenzen Rechnung trage, und wendet sich vehement gegen das „gleichmacherische“ grün-rote Projekt der Gemeinschaftsschule (ebd.: 35).

Nochmals schärfer im Ton sind die Forderungen zur Asyl- und Migrationspolitik formuliert. Hier findet sich eine für rechtspopulistische Parteien charakteristische „Essentialisierung des Eigenen durch Abwertung des Anderen“ (Priester 2012a: 3). Angesichts anschwellender Flüchtlingsströme und einer aus Sicht der AfD grundlegend verfehlten Asyl- und Migrationspolitik wird vor einer Überforderung der sozialstaatlichen und administrativen Strukturen wie auch vor einem Verfall „der deutschen und europäischen Kultur“ durch die „Massenzuwanderung“ kulturfremder Personen gewarnt (AfD-BW 2015c: 19). Orchestriert würden diese Entwicklungen vom bleiernen Schweigekartell einer „weitgehend gleichgeschaltete[n] Medienlandschaft“, die im Dienste der „Altparteien“ die realen und drohenden sozialen Verwerfungen verschweige (ebd.). Die AfD sei mithin die einzige demokratische Kraft, die sich der „Willkommensdiktatur“

⁷ So lautete auch der Leitspruch auf der Website der Partei: „Damit Baden-Württemberg Heimat bleibt“ (AfD-BW 2016b).

und dem „Einwanderungswahn“ widersetze (ebd.: 18). In einer für Rechtspopulismus klassischen Freund-Feind-Dichotomie wird den „Eliten“ und namentlich der Bundeskanzlerin vorgeworfen, „Verpflichtungen gegenüber der Zukunft des eigenen Volkes“ zu missachten (ebd.: 19). Flankiert wird die identitätspolitische Reflexion durch einen Katalog von zum Teil differenziert ausgearbeiteten Forderungen nach rigorosen Limitationen in der Asyl- und Zuwanderungspolitik, die von Leistungskürzungen für Asylbewerber über Volksabstimmungen zu geplanten Unterkünften bis zu einem Aussetzen des Schengen-Abkommens reichen.

2.4 Wahlkampf: Ressourcen, Strategien und Kandidaten

Der Wahlkampf der Südwest-AfD wirkt verhältnismäßig professionell organisiert und strukturiert. Hierbei profitiert die Landespartei von ihrer hohen Mitgliederzahl und flächendeckenden Organisationsstruktur, ohne die ein Wahlkampf im kleinräumig besiedelten und an urbanen Ballungsräumen armen Flächenland kaum durchzuführen wäre. Zudem greift die AfD auf Ressourcen und Vorerfahrungen zurück, die Kandidaten und Funktionäre aus Kommunalmandaten, Berufen oder früherem parteipolitischen Engagement mitbringen. Die Koordination liegt primär beim Landesvorstand, Materialien und inhaltliche Positionen orientieren sich tendenziell an einer von Stuttgart vorgegebenen Linie, wobei landesweit eine bemerkenswerte Zahl vor allem klassischer Informationsveranstaltungen, Bürgergesprächen und Vorträgen stattfindet (AfD-BW 2016c). Als prominenter Unterstützer aus der Bundespartei absolviert insbesondere Alexander Gauland zahlreiche Auftritte. Auch Frauke Petry, Beatrix von Storch und Armin-Paul Hampel geben einzelne Gastauftritte. Größere Veranstaltungen sowie die landesweite Medien- und Pressearbeit stellen tendenziell Jörg Meuthen in den Vordergrund, während auf lokaler Ebene auch die Direktkandidaten sehr aktiv eigene Veranstaltungen organisieren. In sozialen Medien, vor allem bei Facebook, ist die Südwest-AfD zwar präsent, gibt sich bislang jedoch zurückhaltend, tritt weder durch digitalkulturelle Avancen noch durch polemische Tiraden hervor.

Im Zuge der sich seit dem Herbst 2015 zuspitzenden Debatte um die Asylpolitik der Bundesregierung bot sich der AfD einerseits die Möglichkeit, sich im Parteienwettbewerb als politische Alternative und Vertreterin eines vermeintlichen Volkswillens zu gerieren. Andererseits scheint sie zumindest im Südwesten merklich darum bemüht, nicht als Ein-Themen-Partei wahrgenommen zu werden,⁸ veranstaltet etwa Diskussionsrunden und Informationsabende zu Themen wie TTIP, dem grün-roten Bildungsplan, direkter Demokratie und Partikularinteressen wie Waffenrechts- oder Impfschutzfragen (AfD-BW 2016c). Die zunehmende politische Polarisierung bringt

8 Dies bekräftigt Jörg Meuthen immer wieder bei Wahlkampfauftritten (etwa: Meuthen 2016).

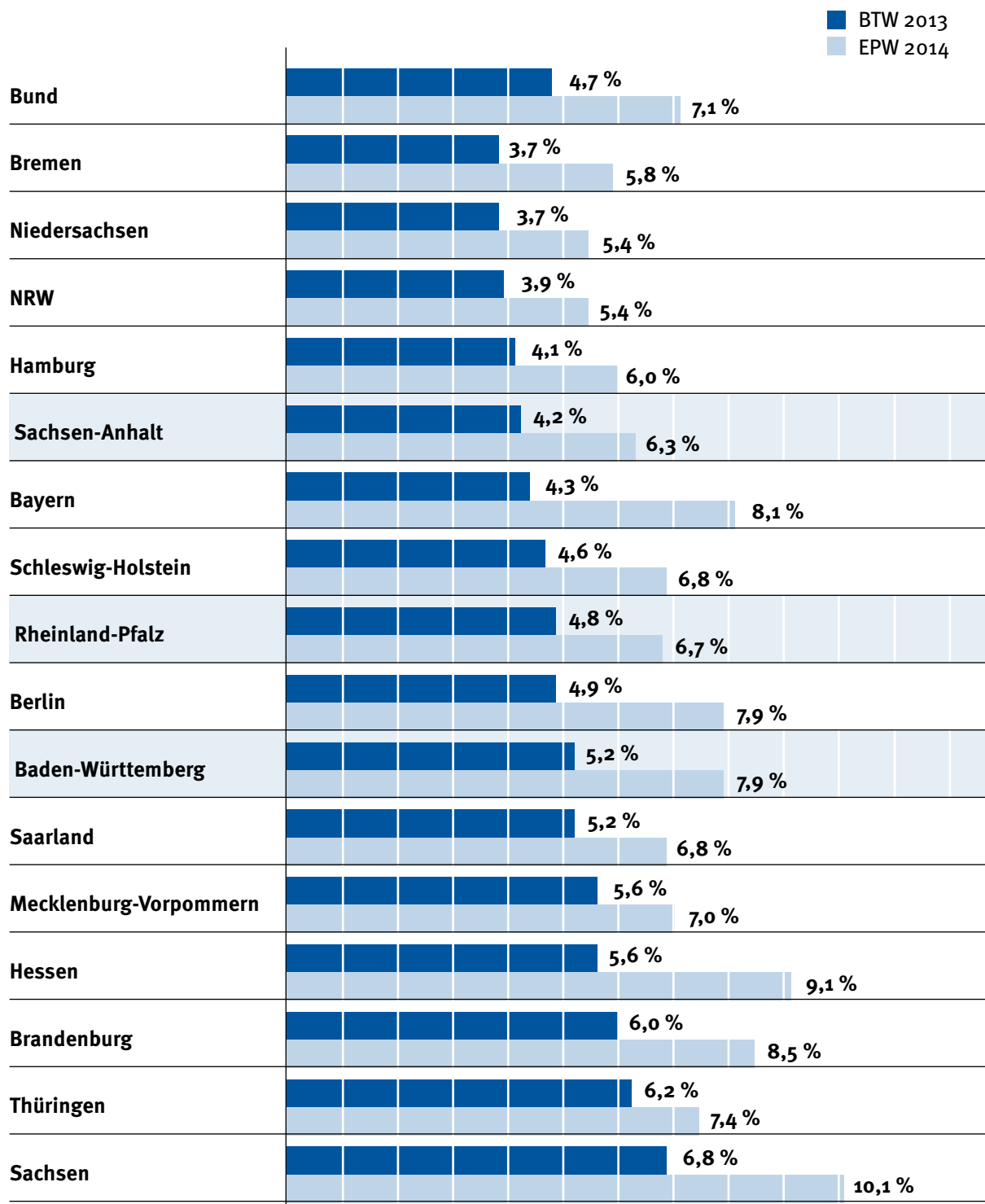
für die AfD dabei aber auch erhebliche Widerstände und Hindernisse im politischen Wettbewerb mit sich: Zusehends konterkarieren Medienberichte die betont bürgerlich-konservative Selbstdarstellung der Partei mit kritischen Berichten über innerparteiliche Auseinandersetzungen, rechte Tendenzen und Vorgeschichten zwielichtiger Kandidaten (etwa: Spitz 2016; Scheller 2016; Ruf 2015). Gerade in Groß- und Universitätsstädten finden zudem immer wieder Proteste und zum Teil rabiate Störaktionen statt (Cuko 2016), etwa beim offiziellen Wahlkampfauftakt in Stuttgart (o. V. 2016d). Auch der klassische Straßen- und Plakatwahlkampf sowie die Suche nach Veranstaltungsorten wird durch Gegen- und Blockadeaktionen zusehends erschwert. Kandidaten und Mitglieder berichteten überdies von Anfeindungen und Bedrohungen im beruflichen wie privaten Umfeld. Ende Januar wurde gar von Schüssen auf AfD-Wahlkämpfer in Karlsruhe berichtet, woraufhin AfD-Landtagskandidat Marc Bernhard auf Facebook von der „Saat der rot-grünen Hetzer“ sprach, die nun aufgehe (Hahn 2016). Auch in der baden-württembergischen Provinz erscheint die Stimmung auf AfD-Wahlkampfveranstaltungen zunehmend erhitzt, wie Regionalmedien jüngst etwa aus Bad Dürkheim berichteten (Bloss 2016). Während sich der Handlungsspielraum der AfD damit einerseits verengt, erzeugt der steigende Außen- und intern zugleich Zusammenhalt und Einheit gegenüber den als undemokratisch apostrophierten Gegenkräften, radikalen Störenfriedern und Diskursverweigerern. Daraus entsteht eine Perspektive, die interne Konflikte nivelliert und eine Freund-Feind-Logik scharf konturiert. Die Debatte um die Teilnahme Jörg Meuthens an der sogenannten „Elefantenrunde“ des Südwestrundfunks (SWR) vor der Landtagswahl ist beispielhaft dafür. Nachdem die AfD zunächst scheinbar ein- und, nach den drohenden Absagen der Spitzenkandidaten von SPD und Grünen, wieder eingeladen wurde, höhnte die Partei auf ihrer Facebook-Seite: „Der SWR ist besser vor der AfD geschützt als deutsche Grenzen vor illegaler Zuwanderung!“ und forderte: „Jetzt mitmachen: Beschwerde an den SWR senden“ (AfD 2016b).

Da das besondere Landeswahlrecht von Baden-Württemberg keine Landeslisten der Parteien vorsieht (allgemein: Eith 2008: 103 f.), lassen sich Erfolgsaussichten einzelner AfD-Kandidaten in den sieben Wahlkreisen schwer vorhersagen. Auf der Basis der regionalen Ergebnisse zur Europawahl 2014 lassen sich dennoch besonders aussichtsreiche Kandidaturen identifizieren.⁹ Hierunter finden sich 14 Männer und mit Carola Wolle eine Frau; 10 der 15 Kandidaten sind als Unterstützer der Erfurter Resolution bekannt. Mit Heinrich Fiechtner, dem Stuttgarter Regionalrat Stephan Schwarz und dem Pforzheimer Stadtrat Bernd Grimmer verfügen drei Bewerber bereits über ein kommunales Mandat. Insbesondere Grimmer kann dabei auf eine bewegte politische Vita zurückblicken. Anfang der 1980er Jahre war er Gründungsmitglied der Süd-

⁹ Unter Berücksichtigung der mitunter stark variierenden Wahlergebnisse der AfD in den vier Regierungsbezirken sind dies die Wahlkreise Waiblingen, Schorndorf, Backnang, Baden-Baden, Mannheim I und II, Pforzheim, Enzkreis, Calw sowie Reutlingen und Hechingen-Münsingen.

► **Abbildung 1:**

AfD-Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014



Quelle: Bundeswahlleiter (2013a, 2014a).

west-Grünen, später Vorsitzender der Freien Wähler im Land und für eine unabhängige Liste Abgeordneter im Pforzheimer Gemeinderat (Bangel 2014). Der Stuttgarter Stadtrat Fiechtner gilt als rechter Lautsprecher der Südwest-AfD und ist für seine verbalen Ausfälle ebenso bekannt wie für sein Engagement gegen eine Stuttgarter Abtreibungsklinik und für den Pegida-Ableger in der Landeshauptstadt (Braun/Nauke 2014; o. V. 2015b).

2.5 Wählerpotenziale der AfD in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg verfügt die AfD über ein überdurchschnittliches Wählerpotenzial. Bereits bei der Bundestagswahl 2013 schnitt sie im Südwesten besser ab als im Bundesdurchschnitt und erlangte mit 5,2 Prozent ein für Westdeutschland herausragendes Landesergebnis (vgl. Abb. 1, S. 20). Auch nach der Wahl blieb die Resonanz in Umfragen bis Mitte des folgenden Jahres stabil bei knapp über 5 Prozent (siehe im Folgenden: Infratest Dimap 2016b). Bei der Europawahl 2014 erreichte die AfD im Südwesten mit 7,9 Prozent den höchsten Wert für Westdeutschland (Statistisches Landesamt BW 2014b). Nur kurzfristig, in der Phase sich zuspitzender innerparteilicher Auseinandersetzungen, sanken die Umfragewerte unter 5 Prozent, schnellten im Zuge der Zuspitzung der asylpolitischen Debatte ab Herbst 2015 jedoch wieder empor. So lag die AfD in den jüngsten Umfragen stabil im zweistelligen Bereich.

Aktuelle Erhebungen liefern überdies erste Hinweise auf Sozialstruktur und Einstellungen potenzieller AfD-Wähler (folgende Daten aus: Infratest Dimap 2015a): Grundsätzlich herrscht unter den befragten Baden-Württembergern eine überdurchschnittlich hohe Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung: 69 Prozent aller Befragten und immerhin die Hälfte der AfD-Anhänger zeigen sich mit der Arbeit von Ministerpräsident Kretschmann insgesamt zufrieden. Kritisch hingegen sehen 53 Prozent aller Befragten das politische Management der Flüchtlingskrise – ein deutlich höherer Wert, als zur selben Zeit im Nachbarland Rheinland-Pfalz erhoben wurde. Besonders unzufrieden mit der Asylpolitik geben sich indes Männer und Personen im berufsaktiven Alter zwischen 30 und 59 Jahren sowie Befragte mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen. Diese Stimmungslage ist mit 85 Prozent bei den AfD-Anhängern außerordentlich stark und fast doppelt so hoch ausgeprägt wie bei Anhängern etablierter Parteien. Die AfD-Anhänger sind, analog zu Rheinland-Pfalz, jeweils zu fast drei Vierteln männlich und verfügen über niedrige und mittlere Bildungsabschlüsse; etwas höher ist in Baden-Württemberg jedoch der Anteil der über 60-Jährigen, der hier bei 25 Prozent liegt.

Weitere Hinweise auf die Hintergründe der AfD-Klientel treten bei den Auswertungen der Regionalergebnisse der vergangenen Bundestags- und Europawahlen zutage (Statistisches Landesamt BW 2013, 2014a). Schwächen zeigte die AfD dort vor allem im katholisch geprägten

Oberschwaben, wo die CDU über traditionell feste Wählerbindungen verfügt, südwestlich im Breisgau und auch im protestantisch-liberal geprägten Nordosten (vgl. Wehling/Wehling 2007: 20). In Stuttgart, Heidelberg, Freiburg und Ulm schnitt sie bei den Europawahlen unterdurchschnittlich, in Karlsruhe und Mannheim hingegen überdurchschnittlich ab. Elektorale Stärken offenbarte die AfD bei beiden Wahlen hingegen vor allem im nordbadischen Teil des Bundeslandes, im (alt)württembergischen Kernland rund um Stuttgart sowie in den sich südwestlich davon erstreckenden Regionen bis in den Nordschwarzwald. Hochburgen der Partei lagen im Rems-Murr-Kreis nordöstlich von Stuttgart, in Baden-Baden und Mannheim sowie in den Landkreisen Calw, im Enzkreis und vor allem in Pforzheim, wo die AfD bei den letzten Europawahlen 14,5 Prozent erzielte.

Insgesamt zeichnen sich damit Parallelen wie auch Unterschiede zu den Republikanern ab, die in den 1990er Jahren ebenfalls in einer Phase asylpolitischer Polarisierung vor allem im Nordschwarzwald und in Nordwürttemberg rund um Stuttgart reüssieren konnten (Eilfort 2007: 42). Besondere Erfolge erzielten sie damals bei klassischen ‚Modernisierungsverlierern‘, insbesondere bei „männlichen Wählern mit eher niedrigem sozialen Status“ (Eilfort 2008: 112). Die AfD findet heute dagegen ihre meisten Anhänger nicht vorwiegend unter deprivierten Jüngeren, sondern in der berufsfähigen Altersgruppe der 45- bis 69-Jährigen und unter Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen. Überschneidungen zeigen sich jedoch auch bei den Hochburgen. Diese liegen in beiden Fällen in Regionen und Städten, die besonders stark vom Strukturwandel betroffen sind (Eith 2003: 255 f.) und zudem Zentren des protestantischen Pietismus darstellen. Letzterer scheint, ausgehend von religiös begründeten, besonders rigiden moralischen Ansprüchen und einer ausgeprägten lebensweltlichen Strenge, populistische Politikforderungen und „dichotome Freund-Feind-Wahrnehmungen“, wie sie in diesen Regionen insbesondere auch die AfD vertritt, in besonderer Weise zu befördern (Eith 2008: 117). Derartige Indizien lassen sich allerdings erst nach der Wahl eingehender überprüfen.

3. Die AfD in Rheinland-Pfalz

3.1 Politische Ausgangslage

Dem 1946 „aus der Retorte“ (Sarcinelli/Werner 2010: 7) gegründeten Rheinland-Pfalz geht es in wirtschaftlicher Hinsicht derzeit verhältnismäßig gut. Pro Kopf verdient man zwischen Westerland und Rheinpfalz etwas mehr als im Bundesdurchschnitt, die Wirtschaft wächst, und mit einer Arbeitslosenquote von 5,4 Prozent herrschte 2014 beinahe Vollbeschäftigung (Statista 2014b). Politisch war das Bundesland infolge von Unterschieden in Kultur und Sozialstruktur lange durch eine Zweiteilung im Abstimmungs- und Wahlverhalten gezeichnet – das Rheinland im Nordwesten unterschied sich merklich von der Pfalz und Rheinhessen im Südosten (Wehling/Wehling 2007: 22 f.). Aus historischen Konflikten zwischen Kirche und Staat formierten sich katholische Milieus, die in Stadt und Land zunächst von der Zentrumspartei vertreten wurden (ebd.: 25 f.). Hiervon profitierte später die CDU, die rund vier Jahrzehnte lang eine dominante Stellung im insgesamt stabilen rheinland-pfälzischen Parteiensystem einnahm (Eilfort 2007: 32). Von 1948 bis 1991 wurde das Land durchgängig von CDU-Ministerpräsidenten geführt: bis 1969 zunächst vom „konservativen Landesvater“ Peter Altmeier, danach von Helmut Kohl, es folgte Bernhard Vogel, und bis 1991 stand schließlich Carl-Ludwig Wagner an der Regierungsspitze. Abgesehen von einer Phase der christdemokratischen absoluten Mehrheit in den 1970er Jahren regierten stets schwarz-gelbe Koalitionen (Jun/Höhne 2008: 342 ff.; Brüchert 2005: 292).

Etwas langsamer als im südlichen Nachbarland Baden-Württemberg geriet ab den 1980er Jahren auch das rheinland-pfälzische Parteiensystem in Bewegung. Im Zuge der fortschreitenden Erosion traditioneller Milieus verlor die CDU ihre Vorherrschaft als Landespartei; es gelang ihr u. a. nicht mehr, die ländlich-katholischen Hochburgen an sich zu binden (Mielke 2007: 247 f.). 1987 zogen erstmals die Grünen mit fünf Abgeordneten in den Landtag ein. Die Umwelpartei konnte sich im Land jedoch nur relativ schwach verankern; als Ursachen gelten die „ausgeprägte Bodenständigkeit der Rheinland-Pfälzer“ sowie ein Mangel an großstädtischen und universitär geprägten Milieus (Eilfort 2007: 36 f.). Anders als in Baden-Württemberg erzielten die Republikaner in den 1990er Jahren keine nennenswerten Wahlerfolge in Rheinland-Pfalz. Mit „ungünstigen sozialstrukturellen Bedingungen“ hatte seit jeher die Sozialdemokratie zu kämpfen, doch gelang es ihr, sich sowohl an die Dominanz ländlich-kleinstädtischer Siedlungsformate als auch an die katholische Mehrheit anzupassen (Mielke 2007: 250). 1991 stürzte nach über vier Jahrzehnten die christdemokratische Bastion, und die SPD avancierte u. a. unter der Führung Kurt Becks, der als umgänglicher und jovialer Landesvater reüssierte, bis in die 2000er Jahre zur „quasi strukturellen, führenden Regierungspartei“ (Eilfort 2007: 34).

Bemerkenswert fiel die Landtagswahl 2006 aus, bei der nur CDU, FDP und SPD ins Parlament einzogen. Mit 45,6 Prozent erreichte die SPD ihr historisch bestes Wahlergebnis im Land und erstmals eine absolute Mehrheit – die sie allerdings bereits fünf Jahre später jäh wieder einbüßte. Während die CDU bei der Landtagswahl 2011 leichte Gewinne verzeichnete, die FDP mit 4,2 Prozent ihr vormaliges Ergebnis nahezu halbierte und aus dem Parlament ausschied, fiel die SPD um fast 10 Prozentpunkte auf rund 35 Prozent der Wählerstimmen (Landeswahlleiter RP 2011). Die Grünen verbuchten hingegen einen Rekorderfolg und verdreifachten mit 15,4 Prozent ihr Ergebnis aus dem Jahr 2006. Rheinland-Pfalz wurde erstmals von einer rot-grünen Landesregierung geführt – zunächst unter dem Ministerpräsidenten Kurt Beck, der Anfang Mai 2013 sein Amt an Nachfolgerin Malu Dreyer übergab. Als Hintergrund für diese deutliche elektorale Verschiebung gelten u. a. der allgemeine Wunsch nach einem Ende der sozialdemokratischen Alleinregierung, eine Reihe von Affären und Skandalen, die vor allem CDU und SPD belasteten, sowie die politische Polarisierung infolge des Reaktorunfalls im japanischen Fukushima, von der vor allem die Grünen profitierten (Grothe 2011: 780).

3.2 Entwicklung und Organisation des Landesverbandes

Die AfD Rheinland-Pfalz wurde am 9. April 2013, knapp zwei Monate nach dem Gründungsparteitag der Bundespartei, als vierter Landesverband der Alternative für Deutschland gegründet. Er gliedert sich derzeit in 34 Kreisverbände (AfD-RLP 2016a). Mit derzeit rund 990 Mitgliedern ist der Landesverband in Rheinland-Pfalz deutlich kleiner als der in Baden-Württemberg, wobei der Organisationsgrad auf einem ähnlichen Niveau liegt (vgl. Tab. 2, S. 12). Die rheinland-pfälzische Junge Alternative gründete sich als zweiter Landesverband der AfD-Jugendorganisation im August 2013 und wurde im November 2014 von der AfD Rheinland-Pfalz offiziell angegliedert (JA 2014b). Nach der Parteispaltung im Juli 2015 wurde der rheinland-pfälzische Landesvorstand neu gewählt; ihm gehören seither 14 bislang politisch eher Unbekannte an (o. V. 2015c). Das Amt des Landesvorsitzenden übernahm der 58-jährige Bundeswehroffizier Uwe Junge, bis dahin Stellvertreter des Vorsitzenden Uwe Zimmermann. Stets um Seriosität bemüht, vermeidet Junge provozierende Vokabeln und tadelt etwa Björn Höckes mediale Eskapaden behutsam – freilich ohne dem thüringischen Landesvorsitzenden die Loyalität aufzukündigen. Tatsächlich galt Junge, der 34 Jahre der CDU angehört hatte, noch bei seiner Wahl zum Stellvertreter Zimmermanns, also kurz vor dem spaltenden Essener Parteitag, als „Kompromisskandidat zwischen dem national-konservativen und dem liberalen AfD-Flügel“ (Breidenbach 2015a).

Mit Junges Aufstieg zum Landesvorsitzenden vollzog die AfD Rheinland-Pfalz somit auf den ersten Blick keine allzu radikale Abkehr vom unterlegenen wirtschaftsliberalen Flügel. Ande-

rerseits wurde im Herbst 2015 bekannt, dass Junge vor seinem AfD-Beitritt ein Jahr der rechts-populistischen und islamophoben Partei „Die Freiheit“ angehört und dies offenbar bei seiner Kandidatur für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden verschwiegen hatte. Dennoch wurde er mit großer Mehrheit zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt (o.V. 2015d). Mit Christiane Christen als erster Stellvertreterin steht ihm eine überzeugte Repräsentantin des nationalkonservativen Flügels zur Seite. Christen war dem Lucke-treuen Zimmermann im Mai 2015 noch als Herausforderin und offene Kritikerin seines moderaten Kurses erfolglos entgegengetreten (o. V. 2015e). Die Spitze des Landesvorstands komplettiert der 44-jährige Gymnasiallehrer Joachim Paul, der neben seinem Amt als zweiter stellvertretender Vorsitzender seit September 2015 auch für die AfD im Koblenzer Stadtrat sitzt (Mersmann 2015). Paul ist Mitglied der Bonner Burschenschaft „Raczeks“, die 2011 gefordert hatte, dass Neumitglieder in Burschenschaften ihre deutsche Abstammung nachzuweisen hätten – und damit bis in ihren eigenen Dachverband hinein für Empörung sorgte (Steffen 2014). Als Beisitzer fungiert Matthias Bleck, der Verbindungen zum Umfeld der islamfeindlichen Partei Die Freiheit sowie zur rechtspopulistischen Bürgerbewegung „Pax Europa“ unterhält (Leif 2015).

Zumindest in ihrer Anfangsphase galt die rheinland-pfälzische AfD als unruhiger Landesverband. Massive innerparteiliche Streitigkeiten gipfelten auf dem ersten ordentlichen Landesparteitag im November 2013 im geschlossenen Rücktritt des ersten Landesvorstands um den Wirtschaftsingenieur und AfD-Mitbegründer Klaus Müller. Die Gräben erschienen so tief, dass der frisch gewählte Landesvorsitzende Uwe Zimmermann die Versöhnung des zerstrittenen Landesverbands zu seinem primären Anliegen erhob und man die anwesenden Journalisten zeitweilig der Räumlichkeiten verwies (Seydewitz 2013a). Mit dem Ziel, schlechte Presse zu vermeiden, erreichte man freilich das Gegenteil: Die bundesweit belächelte Aktion wirkte geradezu sinnbildlich für den offensichtlich unprofessionellen und unbeherrschten Charakter des jungen rheinland-pfälzischen Landesverbands. Über die damaligen Hintergründe partiinterner Konflikte ist indes nur wenig bekannt: Auf „persönliche Auseinandersetzungen“ führte Bernd Lucke die Querelen in Rheinland-Pfalz zurück, Regionalzeitungen berichteten aber auch über programmatische Uneinigkeiten und Sorgen vor einer Unterwanderung durch „rechtskonservative und islamkritische Kreise“ (ebd.). Während der Amtszeit Zimmermanns war die Abgrenzung von rechten Einflüssen jedenfalls ein zentraler Streitpunkt und bedingte den Rückzug zweier Vorstandsmitglieder: Christian Schreckenberger, seinerzeit erster Stellvertreter Zimmermanns, war in den Verdacht geraten, einem ehemaligen NPD-Mitglied den Beitritt in die AfD ermöglichen zu wollen (Breidenbach 2014). Die zweite stellvertretende Vorsitzende Beatrix Klingel zog sich mit der Begründung zurück, die Partei distanzieren sich nicht klar genug von Pegida und zeige einen „abstoßenden“ Umgang mit dem Thema Zuwanderung. Noch im Juli 2015, kurz nach dem Essener Parteitag, deutete Christen spannungsreiche innerparteiliche

Zustände an, die sie vor einer erneuten Kandidatur um den Landesvorsitz hätten zurückschrecken lassen (o.V. 2015f).

Die Parteispaltung im Sommer 2015 belastete auch die AfD in Rheinland-Pfalz. Zimmermann und fünf weitere Mitglieder des Landesvorstands verließen die Partei, und auch die Kreisverbände bekamen die Spaltung zu spüren. Allein in Mainz kehrten 40 Prozent der Mitglieder ihrer Partei den Rücken; in Ludwigshafen trat die gesamte fünfköpfige Stadtratsfraktion geschlossen aus der AfD aus (o.V. 2015g). Ihre alten Mitstreiter betitelten die Renegaten als „Rabauken“ und „Lumpenproletariat“ oder verkündeten, sich „als Migrant [...] in Essen [beim Parteitag, d. Verf.] bedroht“ (Breidenbach 2015c) bzw. „wie 1933 im Bürgerbräukeller“ gefühlt zu haben (o.V. 2015h). Insgesamt lag die Anzahl der Austritte aus der rheinland-pfälzischen AfD schätzungsweise bei mindestens 130 Mitgliedern. Dabei hatte man im Landesverband zunächst noch versucht, die Konflikte auf Bundesebene auf bloße „Persönlichkeitsunterschiede“ zwischen Lucke und Petry zurückzuführen, offenen Streit, gar inhaltliche Differenzen kleinzureden (o.V. 2015i). Der damalige Landesvorsitzende Zimmermann hatte indes mit seiner Erstunterzeichnung der Deutschland-Resolution des Lucke-Lagers deutlich Position bezogen (Breidenbach 2015b). Weitere Mitglieder des Landesvorstands traten später als „Weckruf“-Unterstützer in Erscheinung, während sich niemand von ihnen unter den Erstunterzeichnern der Erfurter Resolution befand. Im April 2015 stammten lediglich 48 der über 1800 Unterschriften des nationalkonservativen Papiers aus Rheinland-Pfalz, 15 der Unterzeichner waren gewählte Amtsinhaber oder kommunale Mandatsträger (Der Flügel 2015c). Im neu sortierten Landesverband widersprach man in der Folge externen Stimmen, die auch in Rheinland-Pfalz einen „Rechtsruck“ der AfD (vorher)sahen. Am Landeswahlprogramm habe sich beispielsweise nichts geändert, hieß es; es handle sich um die gemeinsame Arbeit ehemaliger und gegenwärtiger Parteimitglieder (Breidenbach 2015d).

3.3 Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016

„Besonders stolz“ sei er auf das Landeswahlprogramm der AfD in Rheinland-Pfalz, ließ Uwe Junge beim Wahlkampfauftakt in Mainz fast feierlich verlauten. Ein Jahr sei daran parteiintern gefeilt worden, jedes Mitglied der rheinland-pfälzischen AfD habe sich am Prozess beteiligen können (AfD-RLP 2015a: 31). Das Programmpapier selbst überrascht mit seiner professionellen Gestaltung, ist farbig, bebildert und übersichtlich. Auf der Titelseite prangt das Bild des idyllisch anmutenden Hambacher Schlosses mit wehender Deutschland-Fahne, versehen mit dem Reim „Mit Herz und Verstand für unser Land“. Auf 31 Seiten verteilen sich knappe und recht konzise Textabschnitte, ergänzt durch folkloristische und thematisch passende Bilder sowie

Passfotos profilierter Kandidaten. Am Ende findet sich eine Übersicht der ersten 18 Listenkandidaten. Der Tonfall des Textes ist weithin unaufgeregt und sachlich. Man verzichtet auf allzu plakative Schreckensszenarien, spart an Polemik und meidet derbes Vokabular. Das Wahlprogramm umfasst insgesamt zwölf Themenbereiche von etwa gleichem Umfang, die jedoch eine unterschiedliche Detailtiefe und Differenzierung aufweisen. Nach der Präambel folgen die Themen „Direkte Demokratie“, „Kinder und Familie“, „Bildung und Schule“, „Integration, Einwanderung und Asyl“ sowie „Innere Sicherheit“. „Wirtschaft und Arbeit“, „Infrastruktur und ländlicher Raum“ sowie „Finanzen und öffentliche Haushalte“ sind im hinteren Teil angeordnet.

Ideologisch präsentiert die AfD hier eine gewisse Spannweite, ihre Forderungen schaffen verschiedene Anknüpfungspunkte für Wählerschaften rechts der Union sowie für bürgerliche und mittelständische Klientelen. Sich selbst präsentiert die AfD betont moderat als „bürgerliche Volkspartei“, die „für die Bewahrung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten“ eintrete (ebd.: 4 ff.). Von Vorfahren erkämpfte Ideale von „nationaler Einheit, Souveränität, Demokratie und Meinungsfreiheit“ seien gegen das um sich greifende „Politikversagen“ auf EU-, Bundes- und Landesebene zu verteidigen, wobei auf „den Erhalt staatlicher Souveränität, die Förderung der direkten Demokratie und die Verbindlichkeit geltenden Rechts“ besonderes Augenmerk gelegt wird. Deutschland wird dabei „als Teil des europäischen Kulturraums“ beschrieben, der historisch durch Humanismus und Aufklärung geprägt sei und dessen Werte und freiheitlich demokratische Grundordnung es zu schützen gelte. Ähnlich allgemein ist der Abschnitt zu direkter Demokratie gehalten. Hier kritisiert die AfD die „Parteiherrschaft“ (ebd.: 6) und präsentiert sich als Anwältin des Volkes, ohne allerdings dabei rhetorisch in Furor zu geraten. Die Forderung nach mehr bürgerlicher Mitbestimmung wird sorgsam auf die Verhältnisse in Rheinland-Pfalz zugeschnitten, ihre demokratiethoretische Metaebene mit dem konkreten Beispiel eines von der AfD angestoßenen und erfolgreich durchgeführten Bürgerentscheids in Neuwied verknüpft.

Im Folgenden gibt sich die AfD betont konservativ. Deutlich wird dies vor allem in der Kinder- und Familienpolitik, die sich an ein traditionell-konservatives Publikum richtet. Die AfD präsentiert sich hier als Advokatin der Familie. Diese „natürliche Grundeinheit der Gesellschaft“ sei vielfach bedroht. Dezidiert bekennt sie sich zu einem „Leitbild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern“ (ebd.: 8), das als unersetzlicher Kernbestandteil der Gesellschaft für schutzbedürftig und besonders förderwürdig befunden wird. Alternative Lebens- und Beziehungsentwürfe, die „keinen reproduktiven Beitrag zum Erhalt unseres Landes leisten“, verdienten nach AfD-Ansicht zwar „Toleranz und Respekt, nicht aber staatliche Förderung“. Mit Forderungen nach einer Willkommenskultur für Kinder und „Familienschutz statt Genderwahn“ (ebd.: 9) plädiert man schließlich für die Rückbesinnung auf eine traditionelle Gesellschaftsordnung. Auch spricht man sich „für einen umfassenden Schutz des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen von

der Empfängnis bis zum natürlichen Tod“ aus und verweist dabei auf den Landtagskandidaten Michael Frisch, der schon länger als Abtreibungsgegner aktiv ist (Seydewitz 2013b). Ebenfalls konservativ, aber plakativer im Tonfall positioniert sich die AfD in der Migrations- und Asylpolitik. Um einen vielfältigen Missbrauch des Asylrechts zu verhindern, fordert sie Grenzkontrollen und konsequente Abschiebungen. Einwanderung könne zwar ein Gewinn für das Land sein, wird konstatiert, sei aber „keine Patentlösung für das nationale Problem des Geburtenrückgangs“ (ebd.: 13). Von Einwanderern wird „Respekt vor unserer deutschen Kultur und den Werten und Normen unserer Gesellschaft“ gefordert; es müsse eine Pflicht zur Integration geben, um die Entstehung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Zugleich werden mehr „Mut zu Deutschland“ und das Bekenntnis zur deutschen „Kulturnation“ postuliert. Unter dem Programmpunkt „Innere Sicherheit“ weist die AfD auf ein beeinträchtigtes Sicherheitsgefühl der Bürger und eine verschärfte Bedrohungslage hin, als deren Ursachen vage Hinweise u. a. auf „Einbruchstourismus“, radikale Gruppierungen sowie ideologisch motivierte Einflussnahmen der Politik auf Justiz und Polizei genannt werden (ebd.: 14 f.).

Diese Positionen werden durch zum Teil liberale Forderungen flankiert, die auf bürgerliche und mittelständische Klientelen zielen. Unter dem Slogan „Mut zur Leistung: Chancenvielfalt statt Gleichmacherei“ fordert die AfD, das mehrgliedrige Schulsystem samt klassisch-humanistischer Bildungstraditionen gegen „ideologische Experimente“ zu verteidigen und das Leistungsprinzip für Schüler und Lehrer konsequent anzuwenden (ebd.: 11). In der Gesundheitspolitik werden das duale Gesundheitssystem verteidigt sowie Freiheiten für Patienten und Ärzte unterstrichen. Als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“ warnt die AfD zudem vor einer expansiven Sozialpolitik und bekennt sich zur Förderung von „Eigeninitiative“ und vor allem des Mittelstandes als „Rückgrat unserer Wirtschaft“ (ebd.: 20). Folglich fordert die Partei u. a. Bürokratieabbau, preiswerte Stromversorgung sowie eine Senkung der Gewerbesteuer. Angeprangert wird Steuerverschwendung durch staatliche Fehlinvestitionen, etwa in Gleichstellungsbeauftragte, Gender-Lehrstühle an Hochschulen oder Fußballstadien. Zudem findet sich eine Reihe von befürworteten konkreten regionalpolitischen Vorhaben, z. B. der Bau von neuen Rheinbrücken, die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe sowie Maßnahmen zum Schutz der traditionellen Kulturlandschaft. Hinzu kommen Forderungen nach administrativen Reformen, Transparenzinitiativen sowie nach einem Ausbau von Forschung und universitärer Lehre.

3.4 Wahlkampf: Ressourcen, Strategien und Kandidaten

In Rheinland-Pfalz führt die AfD einen Wahlkampf unter schwierigen Bedingungen: Die Resonanz in Umfragen ist bis heute geringer als in den anderen Ländern, zahlreiche innerparteiliche Kon-

flikte und Austritte haben die organisatorische Konsolidierung gehemmt. Zudem sieht sich der Landesverband einer verhältnismäßig starken Sozialdemokratie gegenüber, die eine dezidierte Ausgrenzungsstrategie verfolgt. Mit „Fremdenfeinden und Rattenfängern“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer, werde die SPD nicht diskutieren, stattdessen gehe es um eine „glasklare Haltung gegen rechts“ (Frasch 2016). Alexander Schweitzer, SPD-Fraktionschef im Landtag, forderte dazu auf, die AfD zu ächten. Bei der Partei handele es sich um „Rechtsradikale im Schafspelz“ (Riegen 2015). Auf dieser Linie liegt auch Dreyers Boykott der SWR-Fernsehdebatte. Gerade in urbanen Regionen begleiten zudem Proteste und Störaktionen die Veranstaltungen der AfD. Beim Wahlkampfauftakt in Mainz etwa blockierten Demonstranten den Zugang zum Veranstaltungssaal. Einige Wochen zuvor hatte der Chor des Mainzer Staatstheaters eine AfD-Kundgebung gegen das „Asylchaos“ mit Gesangseinlagen medienwirksam übertönt (Hermann 2015).

Die AfD in Rheinland-Pfalz reagiert auf den Gegenwind mit meist defensiven Wahlkampfstrategien. Plakataktionen etwa beschränken sich vornehmlich auf ländliche Gebiete, in Städten wird eher auf Flyer zurückgegriffen. Dabei gelingt ihr eine vergleichsweise souveräne und professionelle Selbstdarstellung. Wahlkampfmaterial und Internetpräsenz sind übersichtlich und professionell gestaltet. Zudem betont die Landespartei in der Außendarstellung offensiv ihre moderat-bürgerliche Selbstverortung. In der Situation organisatorischer Schwäche gelingt es scheinbar einer Führungsriege aus vorderen Listenkandidaten und Mitgliedern des Landesvorstands, ihren Wahlkampf effektiv zu orchestrieren und zu personalisieren. Dominante Figur ist dabei zweifelsohne Spitzenkandidat Uwe Junge, dessen Konterfei auf diversen Wahlkampfmaterialien zu sehen ist. Der Berufsoffizier und passionierte Wasserskifahrer gibt sich bodenständig und leutselig und verfügt über für den Wahlkampf nutzbare Ressourcen. Er ist als Dezernatsleiter für Operative Kommunikation medial geschult und verweist auf berufliche Erfahrungen im Aufbau von Strukturen und Organisation (Gerl 2016). Je nach Publikum versteht er, souverän zwischen verschiedenen Tonlagen zu changieren, spricht unter medialer Beobachtung moderat und zurückgenommen, weiß jedoch auch polemisch-aggressive und unverhohlenen rechtspopulistische Töne anzuschlagen.

Die bürgerlich-gemäßigte Selbstdarstellung und das betont zurückhaltende Wahlprogramm werden dabei im Wahlkampf von zunehmend schrofferen Abgrenzungen und einer schärferen Rhetorik, insbesondere in Fragen der Asyl- und Zuwanderungspolitik, konterkariert. Bereits zum Wahlkampfauftakt am 5. Januar in Mainz warnte Junge, Köln sei „eventuell nur der Anfang“ gewesen, spottete über Klöckner, die den Flüchtlingen „Asyl-Guides auf die Kopfkissen“ legen wolle, wechselte dann aber zu einer bedachteren Ansprache des älteren, traditionell-konservativen Publikums, aus dem sich später merklich viele (ehemalige) CDU-Mitglieder zu Wort meldeten. Schärfere Töne schlug vier Tage später die stellvertretende Landesvorsitzende Christiane Christen an. In einem von ihr initiierten „Silvesterappell“ forderten rheinland-pfälzische

Funktionsträgerinnen in Reaktion auf die Kölner Silvesternacht: „Wir werden unsere Töchter nicht opfern.“ Als politischer Gegner wird vor allem Angela Merkel adressiert, die aufgrund ihrer „völlig verfehlten Asylpolitik“ zum Rücktritt aufgerufen wird (AfD-RLP 2016b). Der von Pegida-Demonstrationen bekannte Slogan „Merkel muss weg“ prangt auch auf den Plakaten der AfD zum Landtagswahlkampf. Spitzenkandidat Uwe Junge scheut ebenfalls nicht, bei Auftritten auf Demonstrationen diesen Schmähruf anzustimmen. Er warf der Bundeskanzlerin vor, „im Rausch der Willkommenskultur“ einen Zustand der Anarchie heraufzubeschwören, raunte über Kriminalität und Extremismus, die durch die Flüchtlinge „importiert“ würden, und wettete gegen „den Islam“, der unvereinbar mit dem westlichen Gesellschaftsmodell sei (Junge 2015).

Zur Landtagswahl tritt die AfD mit einer Landesliste von 30 Personen an, unter denen sich allerdings nur 5 Frauen finden (Landeswahlleiter RP 2016). Insgesamt dominieren Männer jenseits der Vierzig. Auf Platz zwei kandidiert der erwähnte Joachim Paul. Ihm folgt der 38-jährige promovierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Jan Bollinger, der durch starkes Partei- und Wahlkampfengagement Präsenz zeigt und der Partei als Pressesprecher dient. Noch im April 2015 diskutierte er in Neuwied zusammen mit Paul und Höcke auf dem Podium (AfD-Westerwald 2015). Es folgt der Trierer Lehrer Michael Frisch, Abtreibungsgegner, der die AfD offenbar für rechte Katholiken weiter öffnen will (Frisch 2015). Er unterstützt Pegida und befürchtet eine „schleichende Islamisierung“ Europas (Pistorius 2015). Der Polizeibeamte und fünffache Vater Heribert Friedmann auf Platz fünf vertritt die Interessen der Polizei und zieht überdies gegen „Gender-Mainstreaming“ (Friedmann 2015) ins Feld. Auf Platz sechs folgt als erste Kandidatin die Ärztin Dr. Sylvia Groß, die ihr politisches Engagement sorgsam mit beruflicher Expertise zu verknüpfen versucht und bereits im Herbst 2015 eindringlich vor einer Infektionsgefahr durch Flüchtlinge warnte (Groß 2015a). Auffällig ist außerdem ihre radikale Haltung zum Islam. Sie fordert hinsichtlich der Religionsfreiheit eine Debatte darüber, „ob der Islam eine Religion ist oder eine Ideologie. Das muß geklärt werden“. Von ihrer Partei wünsche sie sich ein klares Bekenntnis, „daß der Islam NICHT zu Deutschland“ gehöre (Groß 2015b). Ihr folgt auf Platz acht der Student Damian Lohr, der bis zum Herbst 2014 im Bundesvorstand der AfD-Jugendorganisation saß, die seit Langem im Ruf steht, eine radikalere Variante ihrer Mutterpartei zu sein (Förster 2015). Auf Platz elf rangiert der Journalist Martin Louis Schmidt, der von sich selbst schreibt, „nicht unwesentlich am Aufbau der Wochenzeitung Junge Freiheit beteiligt“ (Schmidt 2015) gewesen zu sein.

3.5 Wählerpotenziale der AfD in Rheinland-Pfalz

Nachdem die AfD bei der Bundestagswahl 2013 im Ländervergleich in Rheinland-Pfalz mit 4,8 Prozent leicht überdurchschnittlich abgeschnitten hatte (vgl. Abb. 1, S. 20), verharrte sie

in Umfragen bis Mitte 2014 unterhalb der Sperrklausel (vgl. hier und folgend Infratest Dimap 2016c sowie Abb. 2, S. 43). Bei den Europawahlen 2014 lag sie mit 6,7 Prozent merklich unterhalb des AfD-Bundesschnitts. Ab dem Spätsommer 2014 erholte sich die Partei in Umfragen und übersprang im September und November abermals die 5-Prozent-Hürde, sackte bis Mitte 2015 jedoch auf nur noch 3 Prozent ab. Mit Zuspitzung der Asyldebatte kletterte die AfD in Rheinland-Pfalz im Dezember 2015 auf 7 Prozent und wird Anfang 2016 nunmehr auf 8 Prozent taxiert. Damit steht die rheinland-pfälzische AfD in Umfragen merklich schlechter da als in den anderen wahlkämpfenden Landesverbänden, wenngleich ein Einzug in den Mainzer Landtag derzeit wahrscheinlich ist.

Bei der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 waren die regionalen Ergebnisse der AfD in Rheinland-Pfalz bis auf wenige Ausreißer relativ eng gestreut (vgl. Landeswahlleiter RP 2013, 2014). Diasporagebiete befanden sich bisher in der westlichen Eifel und im südlichen Hunsrück, unterdurchschnittliche Ergebnisse waren zudem in Mainz, Trier und Koblenz festzustellen. Hochburgen der Partei lagen im Norden in der Rhein-Ahr-Region und im Rhein-Lahn-Kreis sowie südlich in Rheinhessen sowie vor allem der südwestlichen Pfalz. Besonders stark schnitt die AfD in und um Worms sowie in den dichtbesiedelten Regionen Frankenthal, dem Rhein-Pfalz-Kreis sowie vor allem in Ludwigshafen ab, wo sie bei der Bundestags- und Europawahl landesweite Höchstergebnisse erlangte. Besondere Potenziale für die AfD zeichnen sich damit in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte, höherem Migrantenanteil und mehrheitlich katholischer Bevölkerung (mit Ausnahme der Region Worms) ab.

Überdies geben vorliegende Umfragen erste Hinweise auf Sozialstruktur und Einstellungen der AfD-Anhänger (vgl. folgend Infratest Dimap 2015b). Grundsätzlich fällt der Aufschwung der AfD in eine Phase, in der sich die Grundstimmung im Land merklich verschlechtert hat: Rund 40 Prozent der befragten Rheinland-Pfälzer bewerten die Verhältnisse im Land kritisch; besonders ausgeprägt ist diese Einstellung unter Befragten im berufsaktiven Alter von 30 bis 59 Jahren und mit mittleren und niedrigen Bildungsabschlüssen. Das Vertrauen in die etablierten Parteien hinsichtlich der Lösung der Flüchtlingskrise ist sehr gering ausgeprägt; 30 Prozent aller Befragten trauen keiner Partei eine Lösung zu. Hier lassen sich deutliche Parallelen zu sozialstrukturellen Merkmalen und Einstellungen der rheinland-pfälzischen AfD-Anhänger erkennen: Diese sind zu fast drei Vierteln männlich, über die Hälfte ist zwischen 45 und 59 Jahre, ein knappes Viertel zwischen 30 und 44 Jahre alt. Sie verfügen mit großer Mehrheit über einfache (31 Prozent) oder mittlere (45 Prozent) Bildungsabschlüsse. 80 Prozent sind über die aktuelle Lage im Land beunruhigt; hohe Werte finden sich mit 63 Prozent auch unter potenziellen Nichtwählern. Ebenfalls ausgeprägt unter den AfD-Anhängern ist mit 64 Prozent die Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit Malu Dreyers. Die Lösung der Flüchtlingskrise trauen 54 Prozent der AfD-Anhänger ihrer präferierten Partei zu.

4. Die AfD in Sachsen-Anhalt

4.1 Politische Ausgangslage

Für Wahlforscher ist Sachsen-Anhalt gewissermaßen eine Black Box: ein scheinbar opakes System, das an Wahltagen überraschende und merkwürdige Abstimmungs- und Beteiligungsergebnisse zutage fördert. Die Wählerschaft zwischen Harz, Mittelelbe und unterer Saale gilt selbst für ostdeutsche Verhältnisse als überaus volatil. Bei der Landtagswahl 2002 etwa dreifachte die FDP völlig unvorhergesehen ihr Ergebnis und zog mit 13,3 Prozent in den Magdeburger Landtag ein – aus dem sie 2011 mit nur 3,8 Prozent indes wieder ausschied. Die Grünen – Wahlergebnisse zwischen 2 und 7 Prozent – sowie PDS/Die Linke – Resultate zwischen 12 und 24 Prozent – unterliegen in Sachsen-Anhalt seit 1990 ebenfalls starken Schwankungen in der Wählergunst. Auch Sachsen-Anhalts Christ- und Sozialdemokratie erscheinen keinesfalls konstant. Beide Parteien verbuchten bereits jeweils Gewinne und Verluste in Höhe von rund 15 Prozentpunkten binnen einer Wahlperiode. Zugleich ist Sachsen-Anhalt das Bundesland mit der bundesweit niedrigsten Wahlbeteiligung (Holtmann/Jaek 2015). Bei der Bundestagswahl 2013 gaben gerade einmal 62,1 Prozent, bei der Landtagswahl 2006 bloß 44,4 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen ab. Ein Minusrekord: Weder bei einer Bundes- noch bei einer Landtagswahl hatten jemals weniger Bundesbürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht (Schnapp 2006).

Holtmann (2008: 425) konstatierte für Sachsen-Anhalt bereits vor acht Jahren ein „deutlich ausgeprägtes [...] Protestpotential“, das sich unter anderem schon am Wahlerfolg der „Deutschen Volksunion“ (DVU), die bei der Landtagswahl 1998 12,9 Prozent erzielen konnte, ausgedrückt habe. Eine „sichere Bank“ (ebd.: 426) für (extreme) Rechtsparteien ist Sachsen-Anhalt gleichwohl nur bedingt. Die DVU stürzte damals ab (Holtmann 2002). Die NPD sowie andere Parteien der extremen Rechten fanden – anders als beispielsweise in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern – zwischen Harz und Börde nie Halt.

Ab 1990 führten zunächst christdemokratische Ministerpräsidenten in schwarz-gelben Koalitionen die Landesregierungen an – Gerd Gies, Werner Münch und Christoph Bergner –, von denen jedoch keiner länger als zwei Jahre amtierte. 1994 übernahm der Sozialdemokrat Reinhard Höppner. Er führte zwei Minderheitsregierungen, die jeweils von der PDS toleriert wurden – das sogenannte „Magdeburger Modell“. 2002 trat Wolfgang Böhmer (CDU) das Ministerpräsidentenamt an. Er regierte bis 2006 mit der FDP, anschließend mit der SPD in einer Großen Koalition. Auch Böhmers Nachfolger, der vormalige Landes-Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (CDU), regiert gemeinsam mit der SPD. Die jüngsten Kontinuitäten in den Wahlergebnissen wurden auch

„als Resultat einer allmählichen Stabilisierung des Wählerverhaltens auf Landesebene“ (Hoff/Kahrs 2011: 6) gedeutet. Ein Befund, der sich gewiss erst noch bestätigen muss.

Charakteristisch für Sachsen-Anhalt ist zudem eine generelle und auffällige Unzufriedenheit mit allen Landesparteien. Parteibindungen sind gering ausgeprägt, vermögen es kaum, als Puffer gegenüber Verdruss und Unmut zu dienen (Holtmann 2008: 424), wovon es – nicht nur den (Landes-)Medien zufolge – mehr als genug gebe. In dem strukturschwachen Bundesland sind die Haushaltseinkommen gering, die Arbeitslosenquote ist seit Jahren eine der höchsten in den deutschen Flächenländern (Statista 2015). Vor allem aber zeichnet sich ein demografisches Problem im Land ab. Sachsen-Anhalt wird als „Altenheim Europas“ tituliert (o. V. 2010a). Wer jung und gut gebildet ist, zieht meist fort und kommt nicht wieder. Dies setzt dem Land zu; zwischen Salzwedel und Weißenfels, Halberstadt und Wittenberg leben inzwischen nur noch 2,2 Millionen Einwohner – Tendenz abnehmend. „Chemie bringt Brot, Wohlstand und Schönheit“, warb einst die DDR für den Industriestandort Bitterfeld im Süden des heutigen Bundeslandes. Zwar brachte die Chemie Arbeitsplätze, aber auch Dreck und Gestank und nach 1990 vergleichsweise schlechte wirtschaftliche Startbedingungen: kaum mittelständische Betriebe, dafür große Industriekombinate. Hinzu kommt, dass es im Gegensatz zu anderen ostdeutschen Bundesländern in Sachsen-Anhalt „kaum ein aus der historischen Entwicklung heraus zu aktivierendes Landesbewusstsein gab“ (Welz 2005: 364). Die Gestaltung des Strukturwandels war seither Kern der landespolitischen Politik – und ist es letztlich bis heute.

4.2 Entwicklung und Organisation des Landesverbandes

Der sachsen-anhaltische Landesverband hat sich am 5. April 2013 gegründet – als deutschlandweit 14. AfD-Landesverband, gefolgt lediglich von Schleswig-Holstein und Thüringen. Mit derzeit 335 Mitgliedern handelt es sich um einen der mitgliederschwächsten Landesverbände der AfD; der Organisationsgrad ist nur etwa halb so hoch wie in den untersuchten westdeutschen Pendanten (vgl. Tab. 2, S. 12). Der Aufbau von Kreisverbänden erfolgte relativ schleppend, eine landesweite Abdeckung wurde erst im März 2015 mit der Gründung des Kreisverbandes Jerichower Land erreicht (Schütze 2015). Immer noch sind nicht alle Vorstandsposten in den 13 Kreisverbänden besetzt. Vakanzen bestehen etwa in Börde, Magdeburg und im Altmarkkreis Salzwedel (AfD-LSA 2016c). Seit April 2015 begleitet eine sachsen-anhaltische Junge Alternative den Landesverband. Die Jugendorganisation hat eigenen Angaben zufolge 90 Mitglieder.

Der Landesverband war zunächst von starken internen Konflikten und einer hohen Fluktuation der Funktionsträger gekennzeichnet. Erster AfD-Landeschef wurde Michael Heendorf, ein Ex-CDU-Mitglied, den insbesondere die Euroskepsis antrieb, auch bundesweit aktiv zu

werden, und der zeitweise hinter Bernd Lucke als zweitwichtigster AfD-Funktionär galt (Brost/Coen 2013). Frustriert von internen Konflikten und Anfeindungen, verließ Heendorf indes die Partei bereits Ende 2013 (Bock/Honig 2013). Ihm folgte als Vorsitzender Arndt Klapproth, ein Versicherungsmakler aus Dessau-Roßlau, zuvor Landes-Pressesprecher und Direktkandidat der AfD bei der Bundestagswahl 2013. Auch er konnte sich nur wenige Monate im Amt halten. Mehrere Kreisvorsitzende um André Poggenburg hatten ihm unter anderem satzungswidriges Verhalten und Veruntreuung von Parteigeldern vorgeworfen. Einen Wahlkampf könne er ohnehin nicht führen, lautete eine weitere (unbelegte) Anschuldigung (Stoffregen 2014). Tobias Rausch, Kreisvorstand aus dem Salzlandkreis, löste Klapproth kurzzeitig kommissarisch ab, bevor im Juni 2014 schließlich André Poggenburg den Landesvorsitz übernahm. Er versprach, die Partei nun einen zu wollen. Mit „jeglicher Zersetzung“ (o. V. 2014a) müsse fortan Schluss sein. Zwar ebnten daraufhin lokale Skandale und Streitigkeiten in der Partei (auch um den neuen Landeschef) keineswegs ab, Poggenburg gewann jedoch an Rückhalt und nutzte Kontroversen geschickt, um Positionen und Profil des Landesverbandes zu (ver)schärfen. Inhaltlich wie personell richtete sich der Landesverband unter Poggenburg neu aus. Interne Kritiker zogen sich größtenteils zurück. Poggenburg rückte den Landesverband deutlich nach rechts, verlor zunehmend Distanz zu Strukturen und Forderungen insbesondere der Neuen Rechten. Zwar versuchte der Landesvorstand diese Entwicklung durch eine Haltung scheinbarer Naivität und abwägender Zögerlichkeit zu verdecken, dennoch ist eindeutig eine Öffnung gegenüber hetzerischen, antisemitischen und rechtsextremen Positionen zu verzeichnen. Drei Vorgänge belegen dies beispielhaft:

(1) Im Oktober 2014 war publik geworden, dass der damalige Beisitzer im Landesvorstand Jobst von Harlessem auf seiner Facebook-Seite eine Fotomontage teilte, auf der US-Präsident Barack Obama an einem Galgen aufgehängt wird (o.V. 2014b). Zudem hatte der vormalige FDP-Lokalpolitiker von Harlessem die USA für die Terroranschläge vom 11. September 2001 verantwortlich gemacht („das eigene Volk gesprengt wurde“). Überdies verglich an ebender Stelle das Landesvorstandsmitglied Dirk Hoffmann die Angriffe Israels auf den Gazastreifen mit dem Holocaust. Hoffmann schrieb: „Gerade die Israelis werfen uns Deutschen immer wieder den Holocaust vor. Was aber die Israelis in Gaza machen, ist mindestens genauso schlimm“ (o.V. 2014c). Weitere Vorstandmitglieder sollen die jeweiligen Beiträge geliked haben. Man müsse die Meinungen differenzieren, teilte Poggenburg beschwichtigend mit, der jedoch beide Personen für „natürlich tragbar“ befand (o.V. 2014b). Auch Poggenburg selbst war in dieser Hinsicht bereits auffällig geworden. Er hatte sich im April 2014 abfällig über den früheren Vizechef des Zentralrats der Juden geäußert – Michel Friedmann sei ein „schleimiges Etwas“ und „eine Zumutung und Schande für Deutschland“ (ebd.). Nur Jobst von Harlessem verließ die Partei. Dirk Hoffmann blieb. Er ist nach wie vor Mitglied des Landesvorstandes, Direktkandidat bei der

Landtagswahl, zudem Ratsmitglied der Stadt Wittenberg, wo er Anfang 2015 für das Amt des Oberbürgermeisters kandidierte.

(2) Als René Augustin, damals Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Salzwedel und Direktkandidat für die Landtagswahl, im Herbst 2015 auf Facebook zum Töten von politischen Gegnern aufrief („an die Wand stellen“), kommentierte Landesvorstand und Wahlkampfleiter Daniel Roi: „Es schadet ungemein, wenn die Presse sowas ausschachtet. [...] Deshalb sollten wir grade jetzt genau überlegen, wie wir Dinge formulieren“ (Meyer 2015). Weniger am Inhalt als an der öffentlichen Form des Kommentars nahm man in der AfD Anstoß. Augustin musste sich zurückziehen.

(3) Poggenburg befürwortete Anfang 2015 die Parteieintritte des neurechten Verlegers und Autors Götz Kubitschek und von dessen Ehefrau Ellen Kositzka. Kubitschek gilt als eine der zentralen intellektuellen Figuren der Neuen Rechten, er ist Mitbegründer des Instituts für Staatspolitik in Schnellroda im südlichen Sachsen-Anhalt. Die damalige Bundesparteführung um Bernd Lucke hatte der Aufnahme jedoch eine Absage erteilt. Poggenburg sagte damals dazu: „Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.“ Kubitschek spreche nationale Themen an, habe sich aber vom Rechtsextremismus deutlich distanziert. Poggenburg bekundete weiter: „Ich kenne ihn persönlich und weiß nicht, was man ihm vorwirft. Die Entscheidung in Berlin hat bei uns und in Nachbar-Landesverbänden für großen Unmut gesorgt“ (Eichler 2015a). Poggenburg und Kubitschek kamen im Juni 2015 auf dem Rittergut Schnellroda im Saalekreis zusammen, wo auch Thüringens AfD-Fraktionsvorsitzender Björn Höcke regelmäßig als Vortragender zu Gast ist (Wittig 2015). Unter anderen hielt Höcke hier im November 2015 seine biologistisch-rassistische „Afrikaner-Rede“ (o. V. 2015j) über „Reproduktionsraten“, „Ausbreitungstyp“ und „Platzhaltertyp“, zu der ihm Poggenburg, der unter den Zuhörern weilte, stehend applaudierte.

Die genannten Vorgänge stehen exemplarisch für Entwicklungen, die mit personellen Veränderungen einhergingen. In der Zeit von Juli bis September 2015 haben drei Kreischefs ihre Posten aufgegeben und die AfD verlassen: Helmut-Ernst Kaßner im Kreisverband Halle-Saalekreis, Michael Möller im Harz und Andreas Hollstein im Burgenlandkreis. Insbesondere Hollstein rechnete anschließend mit dem Landesvorstand ab. Poggenburg habe seine Arbeit als Kreisvorsitzender gezielt ausgebremst; Postengeschachere und Mauscheleien beherrschten den Verband. Auch die Wahl Poggenburgs zum AfD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl wurde kritisiert (Wittig 2015).¹⁰

¹⁰ Unter einem Medienartikel (Wittig 2015) wurde kommentiert: „@enrico Als es zur Abstimmung kam War die Hälfte des Parteitags schon wieder weg. Zudem War es eine offene abstimmung, die den Zweck hatte, einzuschüchtern. Wer gegen poggenburg gestimmt hätte wäre in den nächsten Wochen massiv bekämpft und gemocht worden. Jeder wusste das. Da Klima in der afd Sachsen-Anhalt ist total vergiftet“ (Rechtschreibung und Zeichensetzung wie im Original).

4.3 Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016

Gut 80 Mitglieder nahmen am beschlussfassenden Programmparteitag Ende September 2015 teil. Den Mitgliedern war angekündigt worden, dass „über das Ergebnis und die Vorschläge [...] basisdemokratisch“ (AfD-LSA 2015c) abgestimmt werde; gleichwohl war eine Kleingruppe um den Landesvorstand federführend und hat Textbausteine aus Wahlprogrammen „befreundeter“ ostdeutscher Landesverbände übernommen, weiterentwickelt sowie letztlich zur Verabschiedung gebracht. Auf 64 Seiten beschreibt der Landesverband eine Programmatik, die im Wesentlichen von völkischen, nationalistisch-identitären und rechtspopulistischen Inhalten und Rhetoriken getragen wird.

Es zeigt sich ein moralischer Alleinvertretungsanspruch, dem zufolge einzig die AfD die wahren Interessen der Bevölkerung vertrete. Bereits der Titel des Wahlprogramms „Die Stimme der Bürger – unser Programm“ zeigt dieses Sendungsbewusstsein; er wurde zudem als Slogan auf Demonstrationen der AfD-„Herbstoffensive“ beispielsweise in Magdeburg sowie in Cottbus benutzt. Der „gesunde Menschenverstand“, „Sachlichkeit“ und „Vernunft“ müssten „dem linken Zeitgeist“ und einer „Kaste von abgehobenen Berufspolitikern“ (AfD-LSA 2015a: 2) entgegengestellt werden, um „die Schäden, die eine verderbliche Politik“ verursacht habe, zu beseitigen, lautet dieses Leitnarrativ der drastischen Elitenkritik.¹¹ Hinzu kommt eine ethnozentristische, chauvinistische Grundüberzeugung: Insbesondere in Bezug auf Kultur, Lebensstil und Religion werden Denken und Handeln der eigenen Gruppe („Wir“ bzw. „Das Volk“) als Norm befunden, während Einstellungen und Verhalten anderer Gruppen („Fremde“, „Ausländer“, „Zuwanderer“) als Abweichung gelten, wobei vermeintliche Eigenarten der Völker zu erhalten seien. Grundlegend vertritt die AfD dabei eine rückwärtsgewandte, antiliberalen Weltsicht: „Unsere Identität [...] ist Kern unserer Existenz“; eine gefestigte „Landesidentität garantiert Leistungs- und Opferbereitschaft, Gesetzestreue und Solidarität. [...] [Sie] baut auf Traditionellem auf: der Kulturlandschaft, der Sprache mit ihren eigenen Denk- und Wertmustern, den musischen Ausdrucksformen, den historischen Erfahrungen, der Vermittlung von Werten und Moralvorstellungen durch Eltern, Großeltern und Gesellschaft“ (ebd.: 30 f.). Dass den Themen Familie – als „Keimzelle der menschlichen Gesellschaft“ (ebd.: 5) – und Bildung – als „unser höchstes Gut“ (ebd.: 13) – ein prominenter Platz im Wahlprogramm eingeräumt wird, ist demnach nur schlüssig. Die AfD fordert hier „eine Willkommenskultur für den Nachwuchs der einheimischen Bevölkerung“ (ebd.: 8). Das gesamte staatliche Handeln sei hinsichtlich seiner Auswirkungen

¹¹ In der Präambel werden zudem „Meinungsmonopole und Meinungsmanipulation“ beklagt sowie eine Politik, „die mit gekrümmten Rücken fremde Vorgaben erfüllt, anstatt sich aufrichtig für die Interessen unseres Landes einzusetzen“ (AfD-LSA 2015a: 1). Im Kapitel 5.2.3 mit der Überschrift „Bundeswehr“ findet sich überdies recht zusammenhanglos der Satz: „Deutsche Streitkräfte müssen unter deutschem Befehl stehen“ (ebd.: 56). Allesamt Konstruktionen, die verschwörungstheoretische Deutungsräume zulassen.

auf Familien zu prüfen. In den Klassenzimmern wünscht sich die Partei mehr Autorität des Lehrers sowie die Vermittlung „[der] klassisch preußische[n] Tugenden Geradlinigkeit, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Ordnungssinn, Fleiß und Pflichtbewusstsein“ (ebd.: 14). Bei den Schülern solle „ein grundsätzlich positiver Bezug zum eigenen Land und eine gefestigte Nationalidentität“ (ebd.: 15) entstehen. Auch Museen, Orchester und Theater des Landes seien „in der Pflicht, einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern“ (ebd.: 29).

Gelungene Integration bedeutet für die AfD das Verschwinden fremder oder als fremd empfundener Merkmale. Gegen „Sozialtourismus“ will die AfD „eine aktivierende Integrationspolitik“ installieren. Arbeitslose Einwanderer müssten „integrierende, gemeinnützige Bürgerarbeit“ (ebd.: 30) leisten, auch um die hohen Kosten von Zuwanderung zu bewältigen. Die AfD fordert überdies Grenzkontrollen, die permanente Residenzpflicht für Flüchtlinge sowie „eine maximale Aufnahmequote für tatsächlich politisch Verfolgte und Flüchtlinge, die sich am Willen der Bevölkerung orientiert“ (ebd.: 24). Bereits im August 2015 hatte der Landesverband „10 Sofortmaßnahmen gegen das Asyl-Chaos“ (AfD-LSA 2015b) präsentiert, die man zum einen mit der Landtagswahl und zum anderen mit einem lokalen Protest gegen eine Flüchtlingsunterbringung in Halberstadt verknüpfte.

Die Themen Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik sowie Energie- und Verkehrspolitik bleiben im Wahlprogramm deutlich fragmentarischer und eklektischer. Gefordert werden beispielhaft die Aufhebung der „Anti-Russland-Wirtschaftssanktionen“ (AfD-LSA 2015a: 33) und die Abschaffung der GEZ (ebd.: 51) sowie der Erhalt der „klassischen Stadtwerke“ und die „verantwortungsbewusste Weiternutzung der Braunkohle“ angesichts einer als „überstürzt, ausgereift [sic!] und für die Bürger als unsozial“ (ebd.: 38) eingestuften Energiewende. Die Befürwortung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden unter anderem vor Grundgesetzänderungen und „vor Abgabe nationaler Kompetenzen an die EU“ (ebd.: 60 f.) liegt außerhalb des landespolitischen Kompetenzbereichs. Beim Thema Innere Sicherheit fordert die AfD vehement die Aufstockung der Polizei auf mindestens 7.000 Stellen (ebd.: 54). Zudem sollen Kommunen an Brennpunkten freiwillige Bürgerwehren, die dem Ordnungsamt unterstehen, als „Hilfspolizei“ einsetzen dürfen; schließlich sei abzusehen, dass „die aktuelle Massenzuwanderung“ (ebd.: 56) die Sicherheitslage im Land noch weiter verschlechtere.

4.4 Wahlkampf: Ressourcen, Strategien und Kandidaten

Unter den Aktiven hat seit der Verbandsgründung eine große Fluktuation stattgefunden. Von den Kandidaten, die bereits auf der Landesliste zur Bundestagswahl 2013 standen, findet sich auf der Liste zur Landtagswahl 2016 mit Lutz-Michael Henjes (Listenplatz 24) nur noch

ein Name. Zudem sind Vorstand und Landesliste stark männerdominiert. Lydia Funke ist die einzige Frau neben sechs männlichen Vorstandsmitgliedern; unter den 36 Kandidaten auf der AfD-Landesliste finden sich nur fünf Frauen. Das AfD-Personal ist außerdem vergleichsweise jung. Das Durchschnittsalter der Kandidaten auf den Listenplätzen eins bis zwölf beträgt lediglich 36 Jahre. Im Vorstand sind nur zwei Mitglieder älter als 50 Jahre. Vorstand und Landesliste lassen sich überdies inhaltlich klar zuordnen: Auf den ersten zwölf Listenplätzen befinden sich mindestens zehn Kandidaten, die die von Höcke und Poggenburg initiierte Erfurter Resolution unterzeichnet haben, den parteiinternen Zusammenschlüssen Patriotische Plattform und/oder „Der Flügel“ angehören.

Poggenburg und Höcke kennen sich gut, unterstützen einander, besuchen sich im Wahlkampf und formierten und organisierten – Medienberichten zufolge – eine Allianz gegen die Bundesparteisprecherin Frauke Petry. So soll Höcke Poggenburg gezielt den Platz im Bundesvorstand und damit eine einflussreiche Position überlassen haben (Amann 2015). Zudem ist Poggenburg mehrfach als Unterstützer Höckes öffentlich sowie in den Gremien der Bundespartei in Erscheinung getreten, er beschwichtigte und bezog Stellung für den Thüringer Landes- und Fraktionschef.¹² Für Aufsehen sorgte Poggenburg aber auch selbst. Im Mai 2015 trat der 40-jährige selbstständige Leiter eines Handwerksbetriebes – „bestens vernetzt in die Neue Rechte“ (Bartsch 2015) – im sachsen-anhaltischen Tröglitz bei einer Veranstaltung des teils als rechtspopulistisch, teils als verschwörungsfreundlich eingeordneten Compact-Magazins auf. Gut einen Monat zuvor war am gleichen Ort ein Konflikt um eine geplante Flüchtlingsunterkunft eskaliert: fremdenfeindliche Protestmärsche, Hakenkreuz-Schmierereien, Morddrohungen gegen den damaligen Bürgermeister sowie am Ostersonntag ein Anschlag auf das Gebäude. Von „besonders schwerer Brandstiftung“ sprach die Staatsanwaltschaft. Poggenburg hingegen meinte, die „hiesigen Geschehnisse“ seien „teilweise medial über Gebühr ausgeschlachtet“ worden (Poggenburg 2015a). Er nutzt und verteidigt den historisch durch den Nationalsozialismus belegten Begriff der „Volksgemeinschaft“ (Begrich 2016; Gensing 2015), den er „in keiner Weise negativ“ sieht (Poggenburg 2015b). Den Holocaust bezeichnete er als „Sache“, die „einfach abzulehnen“ sei (Eichler 2016).¹³ Die Stelen des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin nannte er „Klötzer“, die von vielen Berlinern „einfach nur als störend empfunden“ würden. In der DDR habe es Denkmäler gegeben, die einen noch ganz anders gepackt hätten, so der Landesvorsitzende.

¹² Zum Beispiel lehnte er zuletzt im Dezember 2015 diskutierte Ordnungsmaßnahmen gegen Höcke ab.

¹³ Damit betreibt Poggenburg einen Relativismus, wie er u. a. auch in der von ihm gezeichneten Präambel des Landeswahlprogramms deutlich wird. Statt darin den Nationalsozialismus als solchen zu benennen, umschreibt Poggenburg die NS-Herrschaft als „zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte“ (AfD-LSA 2015a: 1).

Neben Poggenburg gehören dem Landesvorstand seit September 2015 Alexander Raue (Schatzmeister), Robert Farle (Schriftführer), Dirk Hoffmann, Daniel Roi, Lydia Funke und Matthias Lieschke an. Im Januar 2016 wurden zudem Hannes Loth und Jens Diederichs als Beisitzer gewählt. Mit Ausnahme von Farle und Hoffmann belegen die Mitglieder des Landesvorstandes vordere Listenplätze. Auf Platz zwei der Liste wurde Daniel Roi gewählt. Er ist Stadtrat in Bitterfeld-Wolfen, sitzt im Kreistag Anhalt-Bitterfeld und ist als Organisator und Wahlkampfleiter eine überaus einflussreiche Person im Landesverband. Derzeit ist er Masterstudent für Agrarökonomie und -politik an der Martin-Luther-Universität in Halle und bemüht sich hier um den Aufbau einer AfD-Hochschulgruppe (AfD-KV Anhalt-Bitterfeld 2016). Mit Hans-Thomas Tillschneider (Listenplatz 10) findet sich ein vormals sächsisches AfD-Vorstandsmitglied auf der sachsen-anhaltischen Wahlliste wieder. Als führender Kopf der Patriotischen Plattform steht das frühere FDP-Mitglied für eine Pegida-nahe islamfeindliche Position. Auf vielen „Anti-Asyl-Demonstrationen“ trat er als Redner auf. Bei den Vorstandswahlen bewarb er sich um das Amt des Beisitzers, scheiterte jedoch knapp an Robert Farle, der aus Nordrhein-Westfalen stammt und bis 1990 insgesamt 17 Jahre lang in der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) aktiv war (Eichler 2015b). Einige Kandidaten verfügen über kommunalpolitische Erfahrungen.¹⁴ Der passionierte Kraftsportler Andreas Mrosek (Listenplatz 11) etwa saß von 2002 bis 2006 für die CDU im Dessauer Stadtrat. Er engagierte sich zudem für die „Freiheitliche Deutsche Volkspartei“ (FDVP), eine Abspaltung der Deutschen Volksunion (DVU). 2002 war er auf Listenplatz 11 Landtagskandidat der FDVP.

Im Zentrum des (Vor-)Wahlkampfes standen öffentlichkeitswirksame Aktionen im Rahmen der „Herbstoffensive“, die von der Bundespartei im September 2015 lanciert wurde. Deutschlandweit gab es unter dem Motto „Asylchaos und Eurokrise stoppen!“ nach Parteiauskunft mehr als hundert zum Teil größere Demonstrationen, Vortragsabende und Infostände. Ausgerichtet wurden diese Aktivitäten auch von den Unterorganisationen in den Ländern und Kommunen. Die Mobilisierung der AfD in Sachsen-Anhalt zeigt dabei verschiedene Schwerpunkte: Zum Ersten setzte die Landespartei ab Oktober 2015 auf „Abendspaziergänge“ und große Kundgebungen, bei denen stets lokale, regionale sowie bundesweit aktive und bekannte AfD-Politiker wie Alexander Gauland und Frauke Petry auftraten. Zwischen 350 und 2.000 Menschen nahmen an Veranstaltungen in Magdeburg, Halle und Dessau teil, womit die Partei jeweils unter den erwarteten Teilnehmerzahlen blieb. Zum Zweiten fand eine Reihe von Demonstrationen zumeist ohne bundespolitische Rednerprominenz in kleineren Städten und Kommunen statt, etwa in Wittenberg, Weißenfels, Merseburg und Zeitz. Hierbei protestierten jeweils nur

¹⁴ Selten verfügen AfD-Verantwortungsträger indes über gewerkschaftspolitische Erfahrungen. Olaf Walker, AfD-Kreischef Jerichower Land, ist Mitglied der Gewerkschaft der Lokführer (Mangiras 2015).

zwischen 50 und 300 Menschen. Ein dritter Schwerpunktbereich der Kampagnenführung lag in der „Informationsarbeit“ zum Thema Asyl, Flucht und Integration, fraglos dem zentralen, ja meist einzigen Wahlkampfthema der AfD. Man organisierte „Infotische“ und gut besuchte „Bürgerversammlungen“. Die Präsenz bei Diskussionsveranstaltungen um (geplante) Flüchtlingsunterkünfte ist der Partei wichtig. Daran knüpft sich örtlich auch die aktive Unterstützung von bestehenden oder sich entwickelnden „Nein-zum-Heim“-Initiativen durch AfD-Politiker bis hin zur Verschmelzung mit ihnen.¹⁵ Vor allem die Großveranstaltungen erzeugen dabei hohe Kosten. Zwar unterstützt die Bundespartei den Wahlkampf in Sachsen-Anhalt mit 200.000 Euro (Eichler 2015b), viele Aufgaben werden indes in Eigen- und Sonntagsarbeit übernommen, wie Poggenburg Anfang Januar über Facebook mitteilte. Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat nahm an jenem Tag gemeinsam mit Daniel Roi (Landeslistenplatz 2) sowie Hannes Loth (Listenplatz 18) „fünf Europaletten mit Asylflyern“ (AfD-LSA 2016a) an und verlor sie zur weiteren Verteilung an die Kreisverbände in Kisten (AfD-LSA 2016b). Für Statusmeldungen wie diese sowie für Terminankündigungen, die Verbreitung von Wahlbotschaften, die Vernetzung und den Austausch zwischen den Mitgliedern und Unterstützern – kurz: für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit – ist Facebook das wichtigste Kommunikationsinstrument der Partei. Die Homepage wird hingegen nur selten aktualisiert.

4.5 Wählerpotenziale der AfD in Sachsen-Anhalt

Bei der vergangenen Bundestags- und der Europawahl lag die AfD in Sachsen-Anhalt mit 4,2 und 6,3 Prozent jeweils merklich unter dem Bundesschnitt der AfD (vgl. Abb. 1, S. 20). Bei den Kommunalwahlen 2014 erhielt sie insgesamt 2,3 Prozent der Stimmen. Dabei zeichnete sich ein Nord-Süd-Gefälle ab: Die Partei schnitt im südöstlichen Sachsen-Anhalt, wo sie über eine bessere organisatorische Verankerung verfügt, auf vergleichsweise geringem Niveau besser ab als im Nordwesten. Magdeburg kann hier als geografischer Scheidepunkt ausgemacht werden. Nördlich – in den stark ländlich geprägten großflächigen Kreisen Börde, Stendal und im Altmarkkreis Salzwedel – sowie östlich der Landeshauptstadt – in den Kreisen Harz und Mansfeld-Südharz – stieß sie bis dato auf weniger Zustimmung. Folgt man den jüngsten Umfrageergebnissen, wird die AfD sprunghaft hinzugewinnen. Zwei Monate vor dem Wahltermin kommt die Partei auf 15 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen 2016). Zugleich erachten 61 Prozent der Befragten „Flüchtlinge und Asyl“ für die „wichtigsten Probleme in Sachsen-Anhalt“. Die

¹⁵ Ein solcher Vorgang war beispielsweise recht früh in Raguhn im südlichen Sachsen-Anhalt zu beobachten (Rostalsky 2015).

Themen Arbeitslosigkeit (31 Prozent), Schule/Bildung (9 Prozent) sowie Wirtschaft (7 Prozent) werden von den sachsen-anhaltischen Wählern als deutlich weniger wichtig eingeschätzt. Hinzu kommt eine hohe Unzufriedenheit mit der Landesregierung (Infratest Dimap 2015c: 5). Die Hälfte der Bürger in Sachsen-Anhalt ist mit der CDU/SPD-Regierung weniger bzw. gar nicht zufrieden – unter den AfD-Sympathisanten sind es gar 85 Prozent. So gehen alle Parteien Sachsen-Anhalts gemeinhin davon aus, dass die AfD den Einzug in den Landtag schaffen werde. Vom Ziel, die „AfD gemeinsam [zu] entzaubern“ (FDP Sachsen-Anhalt 2016), ist man in Sachsen-Anhalt jedenfalls weit entfernt.

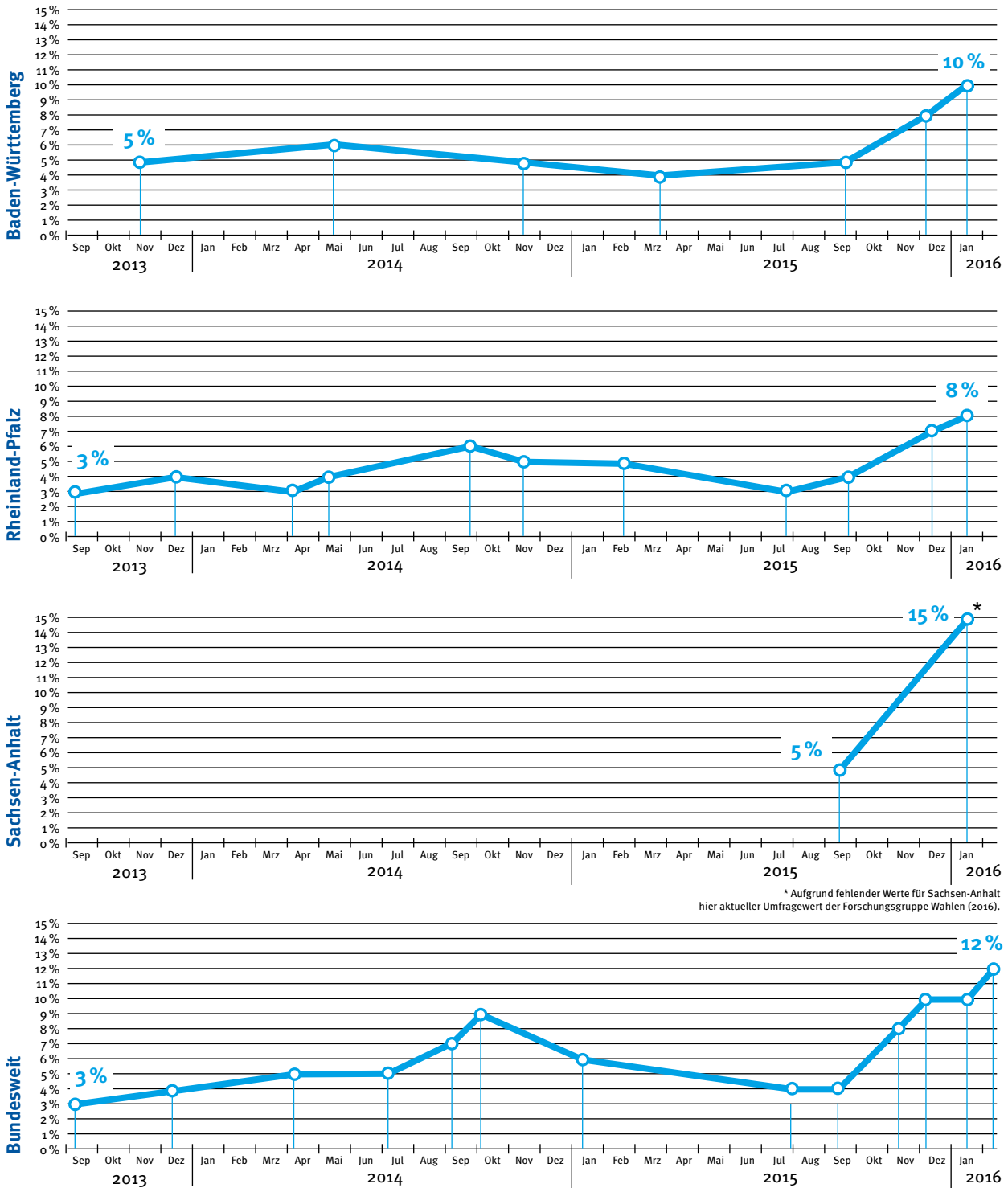
5. Fazit

Die Entwicklung der AfD in diesen ersten Wochen des Jahres 2016 überschlägt sich: Umfragen sehen die Partei bundesweit bei mindestens 10 Prozent, die jüngste Erhebung verortete sie gar bei 12 Prozent (o. V. 2016f). Auch medial ist die Partei omnipräsent – zu Gast in Talkshows und Gegenstand zahlreicher Medienbeiträge. Das Sprechen über die und mit der AfD sei „fast schon eine Obsession“ geworden, merken politische Kommentatoren an (Diez 2016). Kurzum: Die politische Stimmung im Land erscheint gereizt und spitzt sich just während des Verfassens dieser Zeilen mit der von Frauke Petry und Beatrix von Storch lancierten Forderung, zur Grenzsicherung notfalls auf Flüchtlinge zu schießen, abermals bedrohlich zu (Bender/Haneke 2016). Wie auch immer sich derartige Dynamiken bis zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 genau entwickeln mögen – der Ausgang dieser Abstimmungen ist hochbrisant: Gelänge der AfD tatsächlich in allen drei Ländern ein Wahlerfolg, wäre in der Hälfte der bundesdeutschen Landesparlamente eine rechtspopulistische Kraft vertreten. Die über Dekaden intakte politikkulturelle Imprägnierung des deutschen Parteiensystems würde sich damit weiter auflösen, die Weichen für eine weitere parlamentarische Etablierung der AfD wären gestellt. Vor diesem Hintergrund fragte die vorliegende Studie nach der Entwicklung und Positionierung der AfD in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. In den drei untersuchten Landesverbänden lassen sich deutliche Unterschiede, aber auch zentrale Gemeinsamkeiten identifizieren.

Parallel zur generellen Entwicklung der Partei versucht die AfD einerseits, in allen drei Ländern als rechtskonservative Kraft eine Lücke im Parteienwettbewerb zu besetzen; andererseits reüssiert sie mit einem rechtspopulistischen Politikstil, der in der rigorosen Freund-Feind-Rhetorik sowie in der lautstarken Verachtung der etablierten Politik offen hervortritt. Den ideologischen Kern der Partei bildet eine Reihe von Positionen, die in traditionell-rechtskonservativen Gesellschafts- und Politikentwürfen wurzeln und in der derzeitigen asylpolitischen Krisendynamik aktualisiert und zugespitzt werden. Der übergreifende Deutungsrahmen ist ein Szenario der unkontrollierten Auflösung von Sicherheit und Recht, gesellschaftlicher Ordnung sowie Identität und Gemeinschaft. Während diese Prinzipien und Werte schon länger – forciert durch Modernisierungsprozesse sowie ein vermeintliches linkshegemoniales Kartell – an Prägekraft eingebüßt hätten, gerieten hergebrachte Ordnungen durch unkontrollierte Masseneinwanderung kulturfremder Flüchtlinge nun vollends aus den Fugen. Ein für die AfD charakteristischer Dualismus aus drakonischen Bedrohungsbildern und reaktionären Antworten zeigt sich besonders deutlich in ihren Kernthemen Innere Sicherheit, Familien- und Geschlechterpolitik sowie Zuwanderungspolitik.

► Abbildung 2:

Umfrageergebnisse der AfD (Sonntagsfrage im Bund und in den drei Ländern)



Quelle: Infratest Dimap (2016a, 2016b, 2016c, 2016d); Forschungsgruppe Wahlen (2016).

■ **Sicherheit und Recht:** Mit Hinweis auf eine durch Kürzungspolitik geschwächte Polizei sowie u. a. steigende Bandenkriminalität oder Vandalismus diagnostiziert die AfD erstens einen eklatanten Verlust an Sicherheit und öffentlicher Ordnung. Recht und Gesetz hätten ihre allgemeine Verbindlichkeit verloren, seien bloß noch willfähiges Instrument einer ideologiegetriebenen Politik. Die vorgeblich illegale Asylpolitik der Regierung, das konstatierte „Asylchaos“ sowie die medial viel beachteten Ereignisse der Kölner Silvesternacht dienen der Partei hierbei als Anschauungsmaterial. Demgegenüber inszeniert sich die AfD als „Rechtsstaatspartei“, die dem tatsächlichen Sicherheitsbedürfnis ihrer Bürger Rechnung trage. In Sachsen-Anhalt entwickelt die AfD sogar eine Rechtfertigung zur Selbstermächtigung etwa in Form von Bürgerwehren, wie sie bereits aus dem Kontext der Pegida-Protestbewegung bekannt sind (Geiges et al. 2015: 97 f.).

■ **Gesellschaftliche Ordnung:** Mit Verweis auf fortschreitende Individualisierung, Ökonomisierung und die Verbreitung moderner Familien- und Geschlechtermodelle wird zweitens ein Verfall traditioneller lebensweltlicher Ordnung im privaten Bereich diagnostiziert. Vorangetrieben durch „Gender-Ideologie“ und Gleichstellungspolitik gerate vor allem die Familie als basales gesellschaftliches Ordnungssystem unter Druck. Demgegenüber verteidigt die AfD klassische Familien- und Erziehungsmodelle und geriert sich als Anwältin traditioneller Mütterrollen und kinderreicher Familien.

■ **Identität und Gemeinschaft:** Drittens beschwört die AfD den Verlust kollektiv bindender Identitäten, kultureller Orientierungsmuster und eines einigenden Heimatbewusstseins infolge von Zuwanderung und einer verbreiteten „Multikulti-Ideologie“. Diese Entwicklung werde aktuell durch eine massenhafte Einwanderung von Flüchtlingen aus muslimisch geprägten Ländern forciert, welche monolithisch als Bedrohung tradiertter Werte, regionalkultureller und nationaler Identitäten eingeordnet wird. Dementsprechend fordert die AfD nicht nur eine restriktive Asyl- und Zuwanderungspolitik, sondern verlangt auch die rigorose Anpassung von Migranten. Flankiert wird dies durch Forderungen zur Stärkung des kulturellen sowie nationalen Selbstbewusstseins.

Anders als in der ersten Phase der Parteientwicklung hebt die AfD damit gegenwärtig nicht so sehr sozioökonomische Konfliktmuster hervor, sondern positioniert sich vor allem im Feld soziokultureller Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Werte, Normen und Ordnungen. Als rechtskonservative Kraft besetzt sie so die vom Modernisierungskurs der Merkel-CDU hinterlassenen Angebotslücken im Parteienwettbewerb. Dabei versucht sie an bestehende Ängste, Befürchtungen und Ressentiments gegenüber gesellschaftlichem Wandel und progressiven Politiken anzuknüpfen, indem sie aktuelle asylpolitische Konfliktlagen drastisch zuspitzt. An-

knüpfend an Aversionen gegenüber den etablierten Parteien, positioniert sich die AfD dabei als rechtspopulistische Herausforderin, der es gelingt, den politischen Diskurs deutlich nach rechts zu verschieben. In dieser Pose profitiert sie, anders etwa als die vom Auf und Ab ihrer Mobilisierungskraft geprägten Pegida-Proteste, vom klassischen Integrationsmechanismus der Parteiendemokratie sowie einer mittlerweile ausgebauten Organisations- und Ressourcenausstattung.

Jenseits dieser grundlegenden Gemeinsamkeiten offenbart der Vergleich der Landesverbände mitunter deutliche Schattierungen und Unterschiede. Diese Differenzen treten vor allem zwischen den beiden westdeutschen und dem ostdeutschen Landesverband klar zutage. Das lässt sich stellvertretend am Profil der Spitzenkandidaten in Ost und West zeigen: auf der einen Seite der bürgerlich situierte fünffache Vater und Wirtschaftsprofessor Jörg Meuthen aus Baden-Württemberg – von den Medien zuletzt erstaunlich oft als „konzilient“ beschrieben –, daneben sein rheinland-pfälzisches Pendant Uwe Junge, Oberstleutnant der Bundeswehr mit drei Jahrzehnten christdemokratischer Parteierfahrung – ein Archetyp rheinischer Nahbarkeit. Auf der anderen Seite der 40-jährige Handwerker und erfolglose Kleinstunternehmer André Poggenburg, jüngst wegen Zahlungsrückständen per Haftbefehl gesucht – aber resolut und entschlossen, den Widrigkeiten des Alltags die Stirn zu bieten.

Jeder der drei Vorsitzenden verfügt über die Fähigkeit zuzuspitzen. Die westdeutschen Landesverbände nehmen indes wesentlich mehr Rücksicht auf politkulturell fundierte Vorbehalte gegen rechtspopulistische Parteien; sie inszenieren sich moderater als klassisch konservative Kraft, adressieren offensiv ein bürgerliches Publikum. Strategisch wird versucht, dies mittels starker Fokussierung auf die betont gemäßigt dargestellten Spitzenkandidaten umzusetzen. Meuthen und Junge – beide sind beruflich geübt im souveränen Auftritt, können changieren zwischen massenmedialer Pose und markiger Ansprache auf kleineren Veranstaltungen. Mit dem sachsen-anhaltischen Spitzenkandidaten André Poggenburg findet sich hingegen ein im öffentlichen Auftritt unerfahrener Polit-Neuling, der in Interviews mitunter naiv wirkende Auskünfte erteilt, Reden gern vom Blatt abliest, einer, „der nun wirklich zu den kleinen Leuten“ (Hähning 2016) gehört – diese aber offenbar zu adressieren vermag. Er provoziert mit extrem rechten Sprachbildern, ist Kopf eines stärker auf Empörung, Konflikt und Abgrenzung zielenden Landesverbandes.

Auch auf programmatischer Ebene zeigen sich deutliche Unterschiede, besonders prägnant in der Asyl- und Zuwanderungspolitik: In Rheinland-Pfalz spart man im Wahlprogramm radikale Forderungen weithin aus und versucht den Korridor rechtskonservativer Forderungen nicht zu verlassen, verbleibt an entscheidender Stelle bei vagen und unverbindlichen Formulierungen. In Baden-Württemberg betont das Programm zwar schärfer und ausführlicher die Bedrohung europäischer Werte durch den Islam, vermeidet jedoch weitgehend nationalistische Chiffren.

Der Landesverband Sachsen-Anhalt positioniert sich dagegen völkisch-nationalistisch und entwirft eine rückwärtsgewandte, bisweilen biologistisch anmutende Leit-Erzählung: Durch Demografie und Zuwanderung sei das deutsche Volk in seinem Bestand gefährdet. Die Familie müsse daher als „natürliche Grundeinheit des Menschen“ wieder anerkannt werden; ebenso sei die nationale Identität als basales Ordnungsprinzip zu stärken, wozu es einer besonderen Pflege des nationalen Selbstbewusstseins bedürfe, zu der auch Theater, Museen und Schulen verpflichtend beitragen müssten.

Hinzu kommen merkbare Unterschiede in Organisation und Zielperspektive. Die AfD-Landesparteien in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg verfügen über personelle Ressourcen. Sie versuchen, zielstrebig die rechtskonservative Lücke im parteipolitischen Raum zu besetzen und streben auf diese Weise einer zügigen Etablierung und Professionalisierung entgegen. Trotz aller plebiszitären und direktdemokratischen Parolen greift die AfD hier auf die konventionelle Organisationsform als klassische Partei zurück. Den Landesverband in Sachsen-Anhalt zeichnet hingegen der unerfahrene Aufbruch, das Unfertige, auch das Unstete aus. Hier strebt die AfD zwar ebenfalls in den Landtag, tritt zugleich jedoch als Bewegungspartei in Erscheinung – zu diesem Zeitpunkt ist noch unklar, welchen Weg sie schließlich einschlagen wird. Im (Vor-)Wahlkampf drückten sich diese Unterschiede auch in den jeweiligen Mobilisierungsformaten aus: In Ostdeutschland setzte man auf die Aktion des Straßenprotests, suchte offen den Schulterchluss mit „Anti-Asyl-Initiativen“ und marschierte dabei teils auch mit extrem rechten Gruppierungen auf. In Westdeutschland wählten die Landesparteien mehrheitlich die diskursive Ansprache mittels Bürgerdialogen, Vortragsabenden und Info-Tischen.

Die beobachteten Unterschiede sind natürlich weder umfassend noch statisch. Auch im Westen wird die Auseinandersetzung mit der AfD zunehmend schärfer – mit durchaus ungewissem Ausgang. Viele ihrer Kandidaten verfügen über Radikalisierungspotenzial. So könnten etwa für den nach außen hin so reputierlich auftretenden Landesverband Baden-Württemberg mit Christina Baum, Heinrich Fiechtner, Joachim Kuhs und Markus Frohnmaier prononcierte Parteirechte in den Landtag einziehen. Ähnliche Tendenzen lassen sich auch in Rheinland-Pfalz beobachten.

Der AfD wird aller Voraussicht nach der Einzug in die Landesparlamente in Stuttgart, Mainz und Magdeburg gelingen. Die Gelegenheitsstrukturen sind denkbar günstig, Wählerpotenziale sind in Ost wie West vorhanden. Repräsentative Vakanzen sowie den „populistischen Moment“ hat die AfD erkannt und besetzt – letztlich früher als andere, eine Erkenntnis, die auch zur Auseinandersetzung mit dem Aufstieg der AfD gehört. Doch Erfolge ziehen stets neue Herausforderungen nach sich. Zwar mehren sich mit neuen Fraktionen die finanziellen, organisatorischen und medialen Ressourcen, doch vor allem in Sachsen-Anhalt ist politisch aufbaufähiges Personal rar. Der Installierung einer professionellen Fraktionsstruktur birgt überdies absehbare organisatorische und personelle Konflikte. Die Bundespartei rückt indes weiter nach

rechts (Amann et al. 2016). Ihr steht im Frühjahr ein Programmparteitag bevor, auf dem sich die Parteiflügel um die Ausrichtung vor der Bundestagswahl im September 2017 streiten und vielleicht bekriegen werden – neues Spaltpotenzial für die junge rechte Kraft, das durchaus in die Landesparteien ausstrahlen kann.

Gleichwohl dürfte das im Herbst 2015 zum Duo zusammengefasste Mobilisierungsthema „Asylchaos & Eurokrise stoppen!“ der AfD noch über Monate, wenn nicht über Jahre die Grundlage für eine rechtspopulistische Mobilisierung bieten (Walter 2016). Denn es gärt in der bundesdeutschen Gesellschaft, und die AfD kann dies offenbar nutzen. Darauf vertrauen, dass die AfD-Fraktionen sich im parlamentarischen Betrieb von allein demaskieren, aufreihen, letztlich pulverisieren werden, sollten die etablierten Parteien jedenfalls nicht. Diverse (west-)europäische Volksvertretungen zeigen: Auch aus dem Parlament heraus kann man erfolgreich gegen „Altparteien“ wettern, im Namen des Volkes wüten, die Diskurse vergiften. Ob die AfD diese Funktion im politischen System der Bundesrepublik tatsächlich einnehmen wird, bleibt abzuwarten. Auf dem besten Weg dorthin befindet sie sich gegenwärtig jedenfalls.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

6.1 Literatur

Arzheimer, Kai (2015): The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany, in: *West European Politics*, H. 3, S. 535-556.

Bebnowski, David (2015): *Die AfD. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden.

Bebnowski, David/Förster, Julika (2014): *Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen*, OBS-Arbeitspapier Nr. 14, Frankfurt/M.

Behm, Thomas (2015): *Auf rechtem Kurs? Die Alternative für Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern*, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern.

Behrmann, Inken (2015): D-Mark, Familie, Vaterland: Die AfD nach Lucke, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 8, S. 99-107

Berbuir, Nicole/Lewandowsky, Marcel/Siri, Jasmin (2014): *The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?*, in: *German Politics*, H. 2, S. 154-178.

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander (2015): *Wie agiert die „Alternative für Deutschland“ vor Ort? Das Fallbeispiel Brandenburg*, in: Melzer, Ralf/Moltenhagen, Dietmar/Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.): *Wut, Verachtung Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn, S. 146-166.

Brüchert, Hedwig (2005): *Geschichte von Rheinland-Pfalz*, in: Künzel, Werner/Rellecke, Werner: *Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Münster, S. 279-289.

Decker, Frank (2015): *Die Veränderung der Parteienlandschaft durch das Aufkommen der AfD – Ein dauerhaftes Phänomen?*, in: Melzer, Ralf/Moltenhagen, Dietmar/Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.): *Wut, Verachtung. Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn, S. 109-123.

Eilfort, Michael (2008): *Die Baden-Württemberg-Partei(en)*, in: *Der deutsche Südwesten. Regionale Traditionen und historische Identitäten. Hans-Georg Wehling zum Siebzigsten. Mit Beiträgen von u. a. Dieter Langewiesche*, Stuttgart, S. 105-122.

Eilfort, Michael (2007): *Die Parteienlandschaft in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz*, in: Schmidt, Josef/Zolleis, Udo (Hg.): *Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz*, Berlin, S. 32-47.

Eith, Ulrich (2008): *Das Parteiensystem Baden-Württembergs*, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hg.): *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden, S. 103-123.

Eith, Ulrich (2003): *Die Republikaner in Baden-Württemberg: Mehr als nur populistischer Protest*, in: Werz, Nikolaus (Hg.): *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen, S. 243-261.

Förster, Julika (2015): *Radikale Helferlein*, in: demokratie-goettingen.de, 29.01.2015, online: http://www.demokratie-goettingen.de/blog/junge_alternative [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].

Franzmann, Simon (2014): *Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive*, in: PRuF. *Mitteilungen des Instituts für Deutsches Parteienrecht und Parteienforschung*, H. 1, S. 115-123.

Gabriel, Oskar/Kornelius, Bernhard (2011): Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. Mai 2011: Zäsur oder Zeitenwende?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 4, S. 784-804.

Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld.

Grothe, Heiko (2011): Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 27. März 2011: Dosierte Machtwechsel in Mainz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 4, S. 764-783.

Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015a): Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal und Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg.

Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015b): Zwischen Euro-Kritik und rechtem Populismus: Merkmale und Dynamik des Rechtsrucks in der AfD, in: Melzer, Ralf/Moltenhagen, Dietmar/Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.): Wut, Verachtung. Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, S. 124-145.

Häusler, Alexander/Roeser, Rainer (2015c): Erfurt ist schön deutsch – und schön deutsch soll Erfurt bleiben. Das politische Erscheinungsbild der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen.

Hensel, Alexander/Klecha, Stephan (2013): Die Piratenpartei. Havarie eines politischen Projekts?, OBS-Arbeitsheft Nr. 74, Frankfurt/M.

Hoff, Benjamin-Immanuel/Kahrs, Horst (2011): Die Ergebnisse der Wahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 – Wahlnachbericht und erste Analyse, online: <http://www.rosalux.de/publication/37439/die-ergebnisse-der-wahl-in-sachsen-anhalt-am-20-maerz-2011.html> [zuletzt abgerufen: 08.01.2016].

Holtmann, Everhard (2008): Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 409-429.

Holtmann, Everhard (2002): Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen.

Holtmann, Everhard/Jaek, Tobias (2015): Sachsen-Anhalt-Monitor 2015. Nichtwahl: Strukturmerkmale, Motivlagen und sozialräumliche Verankerung, Halle-Wittenberg, online: http://www.lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/Dokumente/SAM_2015_-_Nichtwahl.pdf [zuletzt abgerufen: 12.01.2016].

Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (2008): Das Parteiensystem in Rheinland-Pfalz, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 341-367.

Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellen. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V., Münster.

Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (2013): Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei, Opladen u. a.

Korte, Karl-Rudolf/Leggewie, Claus/Lewandowsky, Marcel (2015): Partei am Scheideweg: Die Alternative der AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 60, H. 6.

Lewandowsky, Marcel (2015): Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 1, S. 119-134.

Mielke, Gerd (2007): Lange Linien und jäher Kulissenwechsel. Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 26. März 2006, in: Schmidt, Josef/Zolleis, Udo (Hg.): Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Berlin, S. 239-267.

- Nestler, Christian/Rohgalf, Jan (2014): Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs, in: Zeitschrift für Politik, H. 4, S. 389-413.
- Niedermayer, Oskar (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: ders. (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, S. 175-207.
- Priester, Karin (2012a): Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 5-6, S. 3-9.
- Sarcinelli, Ulrich/Werner, Timo S. (2010): Entwicklung und Wandel des Parteiensystems in Rheinland-Pfalz. Von der Vorherrschaft der CDU zur Dominanz der SPD? Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz.
- Schnapp, Kai-Uwe (2006): Wahlen, Abstimmungen und Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt, in: Holtmann, Everhard (Hg.): Landespolitik Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Magdeburg, S. 147-178.
- Stöss, Richard (2013): Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Niedermayer, Oskar (Hg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 563-618.
- Walter, Franz (2016): Studie über Pegida-Anhänger: Männlich, über 50, verheiratet, konfessionslos, in: Spiegel Online, 31.01.2016, online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-wer-geht-zu-den-demos-und-warum-gehen-sie-auf-die-strasse-a-1074028.html> [zuletzt abgerufen: 31.01.2016].
- Walter, Franz/Werwath, Christian/D'Antonio, Oliver (2011): Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, Baden-Baden.
- Wehling, Hans-Georg (2005): Baden-Württemberg in der Geschichte, in: Künzel, Werner/Rellecke, Werner (Hg.): Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Münster, S. 35-58.
- Wehling, Hans-Georg/Wehling, Rosemarie (2007): Politische Kultur und Geschichte im deutschen Südwesten, in: Schmidt, Josef/Zolleis, Udo (Hg.): Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Berlin, S. 13-31.
- Welz, Wilfried (2005): Sachsen-Anhalt. Geschichte in der Mitte Deutschlands, in: Künzel, Werner/Rellecke, Werner (Hg.): Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Münster, S. 351-366.
- Werner, Alban (2015a): Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Münster.
- Werner, Alban (2015b): Vor der Zerreißprobe: Wohin treibt die AfD?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2, S. 83-90.

6.2 Medien- und Pressebeiträge

Amann, Melanie (2016): Gefährliche Liebschaften, in: Der Spiegel, H. 1.

Amann, Melanie et al. (2016): Im Schützengraben, in: Der Spiegel, H. 6.

Amann, Melanie (2015): Konfliktlinie verschoben, in: Der Spiegel, H. 46.

Bangel, Christian (2014): Pforzheim und seine Freunde, in: Zeit Online, 30.05.2014, online: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/afd-europawahl-pforzheim> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Bartsch, Michael (2015): Stimme des Volkszorns, in: Die Tageszeitung, 03.11.2015, online: <http://www.taz.de/AfD-vor-Landtagswahl-in-Sachsen-Anhalt/!5243097/> [zuletzt abgerufen: 18.01.2016].

Begrich, David (2016): Die AfD Sachsen-Anhalt im Vorwahlkampf, in: Miteinander Aktuell, 08.01.2016, online: <http://www.miteinander-ev.de/index.php?action=download&id=481> [zuletzt abgerufen: 12.01.2016].

Bender, Justus/Haneke, Alexander (2016): Schuss vor den Humbug, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2016, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-chefin-frauke-petry-fodert-schiessbefehl-an-grenze-14044672.html> [zuletzt abgerufen: 01.02.2016].

Bielicki, Jan (2015): Eine neue Partei, „falls gewünscht“, in: Süddeutsche Zeitung, 13.07.2015, online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-abtruennige-eine-neue-partei-falls-gewuenscht-1.2564887> [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].

Binkowski, Rafael (2015): Wer steckt hinter der AfD?, in: Stuttgarter Zeitung, 26.02.2015.

Bloss, Mareike (2016): „Wir lassen uns nicht einschüchtern“, in: Schwarzwälder Bote, 28.01.2016, online: <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.bad-duerrheim-wir-lassen-uns-nicht-einschuechtern.450d241b-b141-417f-b5c7-ded9cab96a34.html> [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].

Bock, Michael/Honig, Steffen (2013): „Alternative für Deutschland“ stellt sich neu auf, in: Volksstimme, 24.12.2013, online: http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1198907_alternative-fuer-deutschland-stellt-sich-personell-neu-auf.html [zuletzt abgerufen: 14.01.2016].

Braun, Thomas/Nauke, Jörg (2015a): Der Riss durch die AfD reicht bis ins Rathaus, in: Stuttgarter Zeitung, 29.05.2015.

Braun, Thomas/Nauke, Jörg (2014): In Glaubensfragen gespalten, in: Stuttgarter Zeitung, 01.12.2014.

Breidenbach, Reinhard (2015a): AfD wählt in Bingen neuen Landesvorstand, in: Allgemeine Zeitung, 16.07.2015 http://www.allgemeine-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/afd-waehlt-in-bingen-neuen-landesvorstand-exchef-zimmermann-bei-luckes-weckruf_15847245.htm [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

Breidenbach, Reinhard (2015b): „Keiner von beiden“, in: Allgemeine Zeitung, 26.05.2015.

Breidenbach, Reinhard (2015c): Der liberale AfD-Flügel fühlt sich angewidert, in: Allgemeine Zeitung, 08.07.2015.

Breidenbach, Reinhard (2015d): AfD und intellektuelle Kompetenz, in: Allgemeine Zeitung, 18.07.2015.

Breidenbach, Reinhard (2014): Machtkampf in der AfD Rheinland-Pfalz – Parteichef Zimmermann fordert Vize Schreckenberger zum Rücktritt auf, in: Wormser Zeitung, 08.12.2014, online: http://www.wormser-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/machtkampf-in-der-afd-rheinland-pfalz-partechef-zimmermann-fordert-vize-schreckenberger-zum-ruecktritt-auf_14836571.htm [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

- Brost, Marc/Coen, Amrai (2013): Wie wird aus Protest eine Partei?, in: Die Zeit, 11.04.2013, online: <http://www.zeit.de/2013/16/anti-euro-partei-alternative-fuer-deutschland> [zuletzt abgerufen: 14.01.2016].
- Bytron, Peter (2015): Markus Frohnmaier auf den Spuren von Willy Brandt und Björn Höcke, in: Eigentümlich Frei, 03.01.2015, online: <http://ef-magazin.de/2015/01/03/6126-markus-frohnmaier-afd-auf-den-spuren-von-willy-brandt-und-bjoern-hoecke> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].
- Cuko, Katy (2016): AfD-Wahlkampfauftakt mit Gegenwind, in: Südkurier, 18.01.2016.
- Diez, Georg (2016): Das Scheitern der Talk-Republik, in: Spiegel Online, 31.01.2016, online: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/das-scheitern-der-talk-republik-kolumne-von-georg-diez-a-1074905.html> [zuletzt abgerufen: 01.02.2016]
- Dorfs, Joachim/Ruf, Rainer (2016): „Ich bin kein Brandstifter“, in: Stuttgarter Zeitung, 28.01.2016, online: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.afd-spitzenkandidat-joerg-meuthen-ich-bin-kein-brandstifter.f323ee11-93b9-4aa5-ab5f-fc207df60624.html> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].
- Eichler, Hagen (2016): Der doppelte Poggenburg, in: Volksstimme, 09.01.2016, online: <http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20160109/wahl-2016-der-doppelte-poggenburg> [zuletzt abgerufen: 13.01.2016].
- Eichler, Hagen (2015a): AfD-Chef Lucke stoppt Aufnahme von Rechten, in: Volksstimme, 23.02.2015, online: http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1430763_AfD-Chef-Lucke-stoppt-Aufnahme-von-Rechten.html [zuletzt abgerufen: 14.01.2016].
- Eichler, Hagen (2015b): AfD setzt auf das Thema Asyl, in: Volksstimme, 28.09.2015, online: <http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20150928/landtagswahl-afd-setzt-auf-das-thema-asyl> [zuletzt abgerufen: 18.01.2016].
- Frasch, Timo (2016): Die SPD bejubelt Dreyers Boykott, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.01.2016, online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/landtagswahl-rheinland-pfalz-die-spd-bejubelt-dreyers-boykott-14030439.html> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].
- Gensing, Patrick (2015): Die AfD und die „Volksgemeinschaft“, in: tagesschau.de, 29.12.2015, online: <https://www.tagesschau.de/inland/afd-volksgemeinschaft-103.html> [zuletzt abgerufen: 10.01.2016].
- Gerl, Maximilian (2016): Der Mann, mit dem niemand reden will, in: Spiegel Online, 22.01.2016, online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-politiker-junge-der-mann-der-das-tv-duell-platzen-liess-a-1073478.html> [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].
- Hahn, Sven (2016): Schüsse auf Plakatierer der AfD, in: Stuttgarter Zeitung, 24.01.2016, online: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.vorfall-in-karlsruhe-schuesse-auf-plakatierer-der-afd.e6de8506-a9d3-4149-8238-4b20e779da07.html> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].
- Hähnig, Anne (2016): Der normale Radikale, in: Die Zeit, 28.01.2016, online: <http://www.zeit.de/2016/05/afd-andre-poggenburg-sachsen-anhalt-asylpolitik-wahlkampf> [zuletzt abgerufen: 31.01.2016].
- Hermann, Jonas (2015): Wegen Beethovens „Ode an die Freude“ während der AfD-Kundgebung: Anzeige gegen Staatstheater Mainz, in: Allgemeine Zeitung, 23.11.2015, online: http://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/mainz/nachrichten-mainz/wegen-beethovens-ode-an-die-freude-waehrend-der-afd-kundgebung-anzeige-gegen-staatstheater-mainz_16404918.htm [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].
- Lachmann, Günther (2015a): Jörg Meuthen, die unbekannte Macht der AfD, in: Die Welt, 31.12.2015.

- Leif, Thomas (2015): AfD-Parteichef war in islamfeindlicher Partei, in: SWR.de, 03.09.2015, online: [http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/designierter-spitzenkandidat-in-rp-afd-partiechef-war-in-islamfeindlicher-partei/-/id=1682/did=16083990/nid=1682/19hfqv/ \[zuletzt abgerufen: 22.01.2016\].](http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/designierter-spitzenkandidat-in-rp-afd-partiechef-war-in-islamfeindlicher-partei/-/id=1682/did=16083990/nid=1682/19hfqv/ [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].)
- Mangiras, Andreas (2015): Nicht auf Asylpolitik einengen, in: Volksstimme, 03.11.2015, online: [http://www.volksstimme.de/lokal/burg/20151103/afd-kreisverband-nicht-auf-asylpolitik-einengen \[zuletzt abgerufen: 18.01.2016\].](http://www.volksstimme.de/lokal/burg/20151103/afd-kreisverband-nicht-auf-asylpolitik-einengen [zuletzt abgerufen: 18.01.2016].)
- Mersmann, Stephanie (2015): AfD Koblenz: Armutsflüchtlinge schneller abschieben, in: Rhein Zeitung, 17.09.2015, online: [http://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/koblenz_artikel,-AfD-Koblenz-Armutsfluechtlinge-schneller-abschieben-_arid,1370213.html#.VmmaDUrhDIU \[zuletzt abgerufen: 22.01.2016\].](http://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/koblenz_artikel,-AfD-Koblenz-Armutsfluechtlinge-schneller-abschieben-_arid,1370213.html#.VmmaDUrhDIU [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].)
- Meyer, Robert D. (2015): AfD-Funktionär ruft indirekt zum Mord auf, in: Neues Deutschland, 14.10.2015, online: [http://www.neues-deutschland.de/artikel/987827.afd-funktionaer-ruft-indirekt-zum-mord-auf.html \[zuletzt abgerufen: 13.01.2016\].](http://www.neues-deutschland.de/artikel/987827.afd-funktionaer-ruft-indirekt-zum-mord-auf.html [zuletzt abgerufen: 13.01.2016].)
- M. P. (2015): Widerstand gegen die Homo-Ehe wächst, in: Junge Freiheit, 21.06.2015, online: [https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2015/widerstand-gegen-homo-ehe-waechst/ \[zuletzt abgerufen: 21.01.2016\].](https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2015/widerstand-gegen-homo-ehe-waechst/ [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].)
- Nauke, Jörg (2015): AfD-Landeschef Maier auf Schlingerkurs, in: Stuttgarter Zeitung, 31.07.2015.
- Neuerer, Dietmar (2015): „Schrille Töne sind unserer Sache nicht dienlich“, in: Handelsblatt, 26.11.2015, online: [http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-mit-co-afd-chef-meuthen-schrille-toene-sind-unserer-sache-nicht-dienlich/12642898.html \[zuletzt abgerufen: 21.01.2016\].](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-mit-co-afd-chef-meuthen-schrille-toene-sind-unserer-sache-nicht-dienlich/12642898.html [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].)
- o. V. (2016a): CDU trotz Rückgang stärkste Partei – AfD legt zu, in: ZDF heute, 22.01.2016, online: [http://www.heute.de/politbarometer-extra-zu-rheinland-pfalz-cdu-trotz-rueckgang-staerkste-partei-afd-legt-zu-gewuenschte-ministerpraesidentin-dreyer-vor-kloeckner-41906682.html \[zuletzt abgerufen: 28.01.2016\].](http://www.heute.de/politbarometer-extra-zu-rheinland-pfalz-cdu-trotz-rueckgang-staerkste-partei-afd-legt-zu-gewuenschte-ministerpraesidentin-dreyer-vor-kloeckner-41906682.html [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].)
- o. V. (2016b): Vorsprung der CDU schrumpft – AfD zweistellig, in: ZDF heute, 21.01.2016, online: [http://www.heute.de/zdf-politbarometer-vorsprung-der-cdu-in-baden-wuerttemberg-schrumpft-afd-zweistellig-fluechtlingskompetenz-gruene-vor-cdu-41889034.html \[zuletzt abgerufen: 28.01.2016\].](http://www.heute.de/zdf-politbarometer-vorsprung-der-cdu-in-baden-wuerttemberg-schrumpft-afd-zweistellig-fluechtlingskompetenz-gruene-vor-cdu-41889034.html [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].)
- o. V. (2016c): Nur CDU/SPD-Koalition in Sachsen-Anhalt derzeit möglich, in: ZDF-heute, 14.01.2016, online: [http://www.heute.de/nur-cduspd-koalition-in-sachsen-anhalt-moeglich-und-mehrheitlich-befuerwortet-grosser-vorsprung-fuer-haseloff-als-gewuenschter-ministerpraesident-41800704.html \[zuletzt abgerufen: 28.01.2016\].](http://www.heute.de/nur-cduspd-koalition-in-sachsen-anhalt-moeglich-und-mehrheitlich-befuerwortet-grosser-vorsprung-fuer-haseloff-als-gewuenschter-ministerpraesident-41800704.html [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].)
- o. V. (2016d): Linke stören AfD-Dreikönigstreffen, in: SWR.de, 06.01.2016, online: [http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/protest-in-stuttgart-linke-stoeren-afd-dreikoenigstreffen/-/id=1622/did=16753212/nid=1622/1d86two/ \[zuletzt abgerufen: 21.01.2016\].](http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/protest-in-stuttgart-linke-stoeren-afd-dreikoenigstreffen/-/id=1622/did=16753212/nid=1622/1d86two/ [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].)
- o. V. (2016e): Was will die AfD, in: rbb.de, 21.01.2016, online: [https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-21-01-2016/was-will-die-afd.html \[zuletzt abgerufen: 21.01.2016\].](https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-21-01-2016/was-will-die-afd.html [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].)
- o. V. (2016f): Umfrage: AfD steigt auf zwölf Prozent, in: Spiegel Online, 31.01.2016, online: [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-liegt-in-umfrage-bei-12-prozent-a-1074881.html \[zuletzt abgerufen: 01.02.2016\].](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-liegt-in-umfrage-bei-12-prozent-a-1074881.html [zuletzt abgerufen: 01.02.2016].)
- o. V. (2015a): Flüchtlingskrise gibt der AfD Auftrieb, in: Stuttgarter Zeitung, 21.10.2015.
- o. V. (2015b): Breites Bündnis geht gegen Pegida auf die Straße, in: Stuttgarter Zeitung, 13.05.2015.

- o. V. (2015c): AfD stellt sich in zwei Bundesländern personell neu auf, in: Nordwestzeitung, 25.07.2015, online: http://www.nwzonline.de/politik/afd-stellt-sich-in-zwei-bundeslaendern-personell-neu-auf-_a_30,0,1404972590.html [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].
- o. V. (2015d): Delegierte schenken Junge das Vertrauen, in: SWR.de, 05.09.2015, online: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/afd-landesparteitag-in-bingen-delegierte-schenken-junge-das-vertrauen/-/id=1682/did=16106058/nid=1682/1cu6cvn/index.html> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].
- o. V. (2015e): Zimmermann bleibt AfD-Chef, in: Allgemeine Zeitung, 11.05.2015.
- o. V. (2015f): Interview mit der AfD-Chefin im Rhein-Pfalz-Kreis Christiane Christen, in: Die Rheinpfalz, 08.07.2015, online: <http://www.rheinpfalz.de/lokal/artikel/lucke-ist-verantwortlich-2/> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].
- o. V. (2015g): AfD in der Region gespalten, in: Mannheimer Morgen, 09.07.2015, online: <http://www.morgenweb.de/region/mannheimer-morgen/metropolregion/afd-in-der-region-gespalten-1.2327958> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].
- o. V. (2015h): AfD sortiert sich neu, in: SWR.de, 08.07.2015, online: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/austrittswelle-im-landesvorstand-der-rp-afd-wie-1933-im-buergerbraeukeller/-/id=1682/did=15787740/nid=1682/1vhhccb/index.html> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].
- o. V. (2015i): „Heißer gekocht als gegessen“. AfD-Kreisvorsitzender hält Konflikt Lucke–Petry für undramatisch, in: Allgemeine Zeitung, 12.06.2015.
- o. V. (2015j): Nach Afrikaner-Rede: AfD-Vorstand hadert mit Höcke, in: Spiegel Online, 18.12.2015, online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nach-afrikaner-rede-afd-vorstand-hadert-mit-hoecke-a-1068640.html> [zuletzt abgerufen: 18.12.2015].
- o. V. (2014a): Unterlegener Landratskandidat Poggenburg neuer Landeschef, in: Mitteldeutsche Zeitung, 28.06.2014, online: <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/afd-parteitag-in-guesten-unterlegener-landratskandidat-poggenburg-neuer-landespartei-20641266,27644436.html> [zuletzt abgerufen: 13.01.2016].
- o. V. (2014b): AfD-Vorstand distanziert sich vom Landesverband Sachsen-Anhalt, in: Mitteldeutsche Zeitung, 08.10.2014, online: <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/facebook-skandal--afd-vorstand-distanziert-sich-vom-landesverband-sachsen-anhalt,20641266,28676570.html> [zuletzt abgerufen: 13.01.2016].
- o. V. (2014c): Ranghohes AfD-Mitglied aus Sachsen-Anhalt postet antisemitische Inhalte bei Facebook, in: The Huffington Post, 08.10.2014, online: http://www.huffingtonpost.de/2014/10/08/afd-facebook-antisemitisch_n_5951890.html [zuletzt abgerufen: 13.01.2016].
- o. V. (2010a): Sachsen-Anhalt wird Europas Altenheim, in: Mitteldeutsche Zeitung, 22.01.2010, online: <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/demografie-sachsen-anhalt-wird-europas-altenheim,20641266,17690370.html> [zuletzt abgerufen: 09.01.2016].
- Petersen, Thomas (2016): Allensbach-Analyse. Die Angst vor Veränderung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2016, online: <http://www.faz.net/-gpf-8ctwl> [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].
- Pistorius, Jörg (2015): Heftiger Streit um Pegida in Trier, in: Trierischer Volksfreund, 08.01.2015, online: <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-Heftiger-Streit-um-Pegida-in-Trier;art754,4100177> [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].

- Riegen, Oliver (2015): SPD-Fraktionschef Schweitzer für gemeinsamen Appell gegen AfD, in: Pfälzischer Merkur, 22.10.2015, online: <http://www.pfaelzischer-merkur.de/landespolitik/Landespolitik-Mainz-Asylpolitik-Rechtsextremisten;art27452,5937561> [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].
- Rostalsky, Ulf (2015): AfD protestiert in Raguhn, in: Mitteldeutsche Zeitung, 12.10.2015, online: <http://www.mz-web.de/bitterfeld/kritik-an--asyl--und-fluechtlingspolitik-afd-protestiert-in-raguhn,20640916,32137726.html> [zuletzt abgerufen: 19.01.2016].
- Ruf, Reiner (2015): AfD auf den Spuren der Republikaner, in: Stuttgarter Zeitung, 25.07.2015.
- Schätze, Matthias (2016): Brauerei verhindert Auftritt von AfD-Mann Höcke, in: Main Echo, 13.01.2016, online: <http://www.main-echo.de/regional/kreis-main-tauber/art4004,3947400> [zuletzt abgerufen: 20.01.2016].
- Scheller, Jörg (2016): Wenn die stolzen Geister denken, in: Die Zeit, H. 2.
- Schütze, Bettina (2015): Biederitzer Olaf Walker zum Vorsitzenden gewählt, in: Volksstimme, 28.03.2015, online: http://www.volksstimme.de/nachrichten/lokal/burg/1450778_Biederitzer-Olaf-Walker-zum-Vorsitzenden-gewaehlt.html [zuletzt abgerufen: 14.01.2016].
- Seydewitz, Rolf (2013a): Erst die Versöhnung, dann die Mandate, in: Trierischer Volksfreund, 17.11.2013, online: <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/rheinlandpfalz/rheinlandpfalz/Heute-im-Trierischen-Volksfreund-Erst-die-Versoehnung-dann-die-Mandate;art806,3706063> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].
- Seydewitz, Rolf (2013b): „Da menschelt es, dass es kracht“, in: Trierischer Volksfreund, 18.11.2013, online: <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/rheinlandpfalz/rheinlandpfalz/Heute-im-Trierischen-Volksfreund-Da-menschelt-es-dass-es-kracht;art806,3707099> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].
- Soldt, Rüdiger (2015a): Einer Lobby zu Diensten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.06.2015.
- Soldt, Rüdiger (2015b): Endschlacht um Mittelerde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2015
- Speit, Andreas (2016): Harte Töne beim AfD-Wahlkampfauftakt, in: Blick nach rechts, 07.01.2016, online: <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/harte-t-ne-beim-afd-wahlkampfauftakt> [zuletzt abgerufen: 19.01.2016].
- Spitz, Cornelia (2016): AfD-Mann schießt gegen AfD-Mann, in: Schwarzwälder Bote, 21.01.2016, online: <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.villingen-schwenningen-afd-mann-schiesst-gege-afd-mann.d29c9d41-299c-4ab5-90ff-0e9f75cf5546.html> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].
- Steffen, Tillmann (2014): Rechte Burschen bei der AfD, in: Zeit Online, 01.04.2014, online: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-03/afd-burschenschaften-lucke> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].
- Stoffregen, Matthias (2014): Früherer AfD-Chef teilt aus, in: Volksstimme, 02.07.2014, online: http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/1303193_Fruererer-AfD-Chef-teilt-aus.html [zuletzt abgerufen: 14.01.2016].
- Wehaus, Rainer (2015a): „Ich stehe zur Verfügung“, in: Stuttgarter Nachrichten, 12.01.2015.
- Wehaus, Rainer (2015b): Gegen den Zustrom, nicht gegen Flüchtlinge?, in: Stuttgarter Nachrichten, 19.10.2015.
- Wieschmeyer, Klaus (2015): Einstige AfDler wollen bei Alfa alles besser machen, in: Schwäbische Allgemeine, 23.08.2015.
- Wittig, Falko (2015): Unzufriedenheit mit Landeschef Poggenburg, in: MDR Online, 25.09.2015, online: <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/afd-kritik-an-poggenburg102.html> [zuletzt abgerufen: 13.01.2016].

6.3 Sonstige Quellen

AfD (2016a): Mitgliederzahlen AfD nach Landesverbänden, Stand: 28.01.2016, schriftliche Mitteilung der AfD-Bundesgeschäftsstelle vom 28.01.2016.

AfD (2016b): Facebook-Posting zur SWR-Debatte, online: <https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/1065341373496201> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

AfD-BW (2016a): Liste der Direktkandidaten für die Landtagswahl 2016, online: <http://afd-bw.de/landtagskandidaten/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

AfD-BW (2016b): Homepage der AfD Baden-Württemberg, online: <http://afd-bw.de> [zuletzt abgerufen: 07.01.2016].

AfD-BW (2016c): Kalender zur Landtagswahl 2016, online: <http://afd-bw.de/termine-veranstaltungen/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

AfD-BW (2015a): Übersicht der Kreisverbände, online: <http://afd-bw.de/kreise/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

AfD-BW (2015b): Organigramm der Landesgeschäftsführung, online: http://alternativefuer-bw.de/wp-content/uploads/Organigramm_Landesgeschaeftsfuehrung.pdf [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

AfD-BW (2015c): Für unser Land – Für unsere Werte. Programm zur Landtagswahl 2016, online: <http://afd-bw.de/wahlprogramm/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

AfD-KV-Anhalt-Bitterfeld (2016): Informationen über den Kreisverband Anhalt-Bitterfeld und seinen Vorstand, online: <http://afd-lsa.de/www.abi/kreisvorstand-2/> [zuletzt abgerufen: 19.01.2016].

AfD-LSA (2016a): Eintrag und Fotoveröffentlichungen auf der Facebook-Seite des Landesverbandes, 03.01.2016, 20.51 Uhr, online: <https://www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD/photos/a.904762209638522.1073741848.363842953730453/904762369638506/?type=3&theater> [zuletzt abgerufen: 12.01.2016].

AfD-LSA (2016b): Eintrag und Fotoveröffentlichungen auf der Facebook-Seite des Landesverbandes, 13.01.2016, 23.21 Uhr, online: <https://www.facebook.com/SachsenAnhalt.AfD/posts/910205125760897> [zuletzt abgerufen: 14.01.2015].

AfD-LSA (2016c): Homepage des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Informationen über die Kreisverbände (Stand 19.01.2016), online: <http://www.afd-lsa.de/start/kreisverbaende/> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

AfD-LSA (2015a): Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016. „Wir für unsere Heimat“, online: http://www.sachsen-anhalt-waehlt.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm_afd.pdf [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

AfD-LSA (2015b): AfD Sachsen-Anhalt: 10-Punkte-Plan zum Thema Asyl, online: <http://www.afd-lsa.de/start/2015/08/24/10-punkte-plan-zum-thema-asyl/> [zuletzt abgerufen: 16.01.2016].

AfD-LSA (2015c): Ankündigungstext auf der Homepage des Landesverbandes, online: <http://www.afd-lsa.de/start/landeswahlprogramm/> [zuletzt abgerufen: 16.01.2016].

AfD-RLP (2016a): Liste der Kreisverbände, online: <http://www.alternative-rlp.de/kreisverbaende> [zuletzt abgerufen: 26.01.2016].

AfD-RLP (2016b): Silvesterappell von Amts- und Mandatsträgern, online: <http://www.alternative-rlp.de/silvesterappell-mitzeichnen> [zuletzt abgerufen: 26.01.2016].

AfD-RLP (2015a): Mit Herz und Verstand für unser Land. Programm zur Landtagswahl 2016, online: <http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/11/wahlprogramm-ausfuehrlich.pdf> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

AfD-Westerwald (2015): Björn Höcke spricht in Neuwied, 16.04.2015, online: <http://www.afd-westerwald.de/?q=node/13> [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].

Baum, Christina (2015): Mitschnitt der Rede auf der Erfurter AfD-Demonstration, 28.10.2015, online: <https://www.youtube.com/watch?v=8AEIcGpJBo> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Bundeswahlleiter (2015a): Ergebnisse der jeweils letzten Landtagswahlen, online: <https://www.bundeswahlleiter.de/de/landtagswahlen/ergebnisse/> [zuletzt abgerufen: 20.01.2016].

Bundeswahlleiter (2014a): Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2014, online: https://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].

Bundeswahlleiter (2013a): Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013, online: https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].

ChrAfD (2016): Organisation, online: <https://christeninderafd.wordpress.com/organisation/> [abgerufen: 21.01.2016].

Der Flügel (2015a): Erfurter Resolution, online: <http://derfluegel.de/erfurterresolution.pdf> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Der Flügel (2015b): Erfurter Resolution, Unterzeichnerliste: Baden-Württemberg, online: <http://www.derfluegel.de/2015/03/20/1-unterzeichnerliste-landesverband-baden-wuerttemberg/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Der Flügel (2015c): Erfurter Resolution, Unterzeichnerliste: Rheinland-Pfalz, online: <http://www.derfluegel.de/2015/04/11/13-unterzeichnerliste-rheinland-pfalz/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

FDP Sachsen Anhalt (2016): AfD gemein entzaubern, online: <http://www.liberales.de/content/afd-gemeinsam-entzaubern> [zuletzt abgerufen: 13.01.2016].

Forschungsgruppe Wahlen (2016): Politbarometer-Extra Sachsen-Anhalt, 14.01.2016, online: http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/PB-Extra_Sachsen-Anhalt/ [zuletzt abgerufen: 14.01.2016].

Friedmann, Heribert (2015): Bewerbung um den Posten des stellvertretenden Landesvorsitzenden, online: <http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/04/Heribert-Friedmann.pdf> [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].

Frisch, Michael (2015): Willkommenskultur als neues Dogma? Ein Plädoyer gegen die Instrumentalisierung der Religion durch die Politik, in: AfD-RLP, 26.12.2015, online: <http://www.alternative-rlp.de/willkommenskultur-als-neues-dogma-ein-plaedoyer-gegen-die-instrumentalisierung-der-religion-durch-die-politik> [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].

Frohmaier, Markus (2015): Mitschnitt der Rede auf der Erfurter AfD-Demonstration, 28.10.2015, online: <https://www.youtube.com/watch?v=6znCu1VMr5Q> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Groß, Sylvia (2015a): Asylchaos ist Risiko für Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung, in: AfD Neuwied, 12.10.2015, online: <http://www.afdneuwied.de/aktuelles/dr-gross-afd-asylchaos-ist-risiko-fuer-gesundheitsversorgung-unserer-bevoelkerung> [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].

Groß, Sylvia (2015b): Bewerbung als Ersatzdelegierte, online: http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/05/2015_LPT_Sylvia_Gross.pdf [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].

Infratest Dimap (2016a): Sonntagsfrage (bundesweit) vom 15.01.2016, online: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].

Infratest Dimap (2016b): Sonntagsfrage Baden-Württemberg, online: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/baden-wuerttemberg/sonntagsfrage/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Infratest Dimap (2016c): Sonntagsfrage Rheinland-Pfalz, online: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/rheinland-pfalz/sonntagsfrage/> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

Infratest Dimap (2016d): Sonntagsfrage Sachsen-Anhalt, online: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/sachsen-anhalt/sonntagsfrage/> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

Infratest Dimap (2015a): Baden-Württemberg-Trend Dezember 2015. Eine Studie von infratest dimap im Auftrag des Südwestrundfunks Stuttgart und der Stuttgarter Zeitung, Berlin.

Infratest Dimap (2015b): PoliTREND-Rheinland-Pfalz, Dezember 2015. Eine Studie von infratest dimap im Auftrag des Südwestrundfunks, Berlin.

Infratest Dimap (2015c): Sachsen-AnhaltTrend September 2015. Eine Studie von infratest dimap im Auftrag des Mitteldeutschen Rundfunks, Berlin.

JA (2015a): Junge Alternative feiert fünfte Angliederung, online: <https://www.jungealternative.com/junge-alternative-feiert-fuenfte-angliederung/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

JA (2014a): Mitschnitt der Weihnachtsfeier der Jungen Alternative, online: <https://www.youtube.com/watch?v=YhYCrQR-xBI> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

JA (2014b): Junge Alternative auch in Rheinland-Pfalz angegliedert, online: <https://www.jungealternative.com/junge-alternative-auch-in-rheinland-pfalz-angegliedert/> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

Junge, Uwe (2015): Rede auf der AfD-Demonstration in Mainz, 21.11.2015, online: <https://www.youtube.com/watch?v=Ck4wYOJzqHQ> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

Kölmel, Bernd/Trebesius, Ulrike/Henkel, Hans-Olaf/Starbatty, Joachim (2015): Deutschland-Resolution, online: <http://deutschland-resolution.de/deutschland-resolution/> [zuletzt abgerufen: 28.01.2016].

Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (2016): Bekanntmachung des Landeswahlleiters über die zugelassenen Landes- und Bezirkslisten, online: <http://www.wahlen.rlp.de/lw/bekwkr/bek/index.html> [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].

Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (2014): Europawahl – Wahlergebnisse, online: <http://www.wahlen.rlp.de/ew/wahlen/index.html> [zuletzt abgerufen: 16.01.2016].

Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (2013): Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2013, online: <http://www.wahlen.rlp.de/btw/wahlen/2013/index.html> [zuletzt abgerufen: 16.01.2016].

Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (2011): Wahlergebnisse der Landtagswahl 2011, online: <http://www.wahlen.rlp.de/lw/wahlen/2011/index.html> [zuletzt abgerufen: 22.01.2016].

Meuthen, Jörg (2016): Warum CDU und FDP unwählbar sind. Wahlkampfauftritt in Bad Kreuznach, online: https://www.youtube.com/watch?v=2_mkikrmKE8 [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Patriotische Plattform (2015): Flyer der Patriotischen Plattform, online: http://patriotische-plattform.de/wp-content/uploads/2015/11/Flyer_PP_2015_1110.pdf [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Poggenburg, André (2015a): Mitschnitt der Veranstaltung Compact-Live in Tröglitz: Asylpolitik am Ende?, online: <https://www.youtube.com/watch?v=3pLp8UVu8al> [zuletzt abgerufen: 18.01.2016]. Zitate findet sich bei Min. 48:20.

Poggenburg, André (2015b): Eintrag auf Facebook zur Verwendung des Begriffes Volksgemeinschaft, 30.12.2015, 13.15 Uhr, online: <https://www.facebook.com/poggenburg/posts/1249762595039034> [zuletzt abgerufen: 19.01.2016].

Schmidt, Martin Louis (2015): Bewerbung zum Beisitzer, online: <http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/05/Bewerbung-Martin-L.-Schmidt-LPT-2015-1.pdf> [zuletzt abgerufen: 27.01.2016].

Statista (2015): Statista-Dossier zu Sachsen-Anhalt, fortlaufend aktualisiert, online: <http://de.statista.com/statistik/studie/id/25233/dokument/sachsen-anhalt-statista-dossier/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Statista (2014a): Statista-Dossier zu Baden-Württemberg, fortlaufend aktualisiert, online: <http://de.statista.com/statistik/studie/id/15011/dokument/baden-wuerttemberg-statista-dossier/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Statista (2014b): Statista-Dossier zu Rheinland-Pfalz, fortlaufend aktualisiert, online: <http://de.statista.com/statistik/studie/id/23916/dokument/rheinland-pfalz-statista-dossier/> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2015): Ergebnisse der Landtagswahlen 1964-2011. Sitzverteilung im Landtag, online: <http://www.statistik-bw.de/Wahlen/Landesdaten/Landtagswahlen/LRLtWsitzvert.asp> [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014a): Ergebnisse der Kommunalwahlen, online: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Kommunalwahlen_2014/ [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2014b): Ergebnisse der Europawahl am 25.05.2014, Bundesländer, online: http://www.statistik-bw.de/wahlen/Europawahl_2014/Laender.asp [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2013): Bundestagswahl, Ergebnisse in den Wahlkreisen (Interaktive Grafik), online: http://www.statistik-bw.de/Wahlen/Bundestagswahl_2013/jMap/ [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2011): Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl am 27.03.2011, online: http://www.statistik-bw.de/Wahlen/Landtagswahl_2011/Land.asp [zuletzt abgerufen: 21.01.2016].

7. Autoreninformation

Lars Geiges, Dr., geb. 1981, ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Alexander Hensel (M. A.), geb. 1983, ist Politikwissenschaftler und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Robert Pausch (B. A.), geb. 1991, studiert Politikwissenschaft und Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen und arbeitet als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Julika Förster, geb. 1991, studiert Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen und arbeitet als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Arbeitspapiere der Otto Brenner Stiftung

Die Ergebnisse von Kurzstudien veröffentlichen wir online in der OBS-Reihe „Arbeitspapiere“. Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de

- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale
(Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
- Nr. 19 Citizens on Stage – Neue Chancen politischer Beteiligung durch Town Hall Meetings als TV-Format
(Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks
(Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR
(Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends
(Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland
(Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen
(David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode
(Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12: Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR
(Joachim Trebbe)
- Nr. 11: Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag
(Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10: Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland
(Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9: Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen
(Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8: Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze
(Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7: Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013
(Thomas Leif und Gerd Mielke)
- Nr. 6: Wer sind die 99%? Eine empirische Analyse der Occupy-Proteste
(Ulrich Brinkmann, Oliver Nachtwey und Fabienne Décieux)
- Nr. 5: Wie sozial sind die Piraten?
(Herbert Hönigsberger und Sven Osterberg)
- Nr. 4: Solarindustrie: Photovoltaik. Boom – Krise – Potentiale – Fallbeispiele
(Ulrich Bochum und Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 3: Gewerkschaftliche Netzwerke stärken und ausbauen
(Anton Wundrak)
- Nr. 2: Werkverträge in der Arbeitswelt
(Andreas Koch)
- Nr. 1: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland
(Sebastian Bödeker)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Konto: 905 460 03	161 010 000 0
BLZ: 500 500 00	oder 500 101 11
Bank: HELABA Frankfurt/Main	SEB Bank Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03	DE81 5001 0111 1610 1000 00
BIC: HELA DE FF	ESSE DE 5F

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Konto: 905 460 11	198 736 390 0
BLZ: 500 500 00	oder 100 101 11
Bank: HELABA Frankfurt/Main	SEB Bank Berlin
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11	DE11 1001 0111 1987 3639 00
BIC: HELA DE FF	ESSE DE 5F 100

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 84**
Fritz Wolf
„Wir sind das Publikum!“
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog
- **OBS-Arbeitsheft 83**
Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel, Klaus Dörre
Gewerkschaften im Aufwind?
Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 82**
Silke Röbenack, Ingrid Artus
Betriebsräte im Aufbruch?
Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland
- **OBS-Arbeitsheft 81**
Bernd Gäbler
„... den Mächtigen unbequem sein“
Anspruch und Wirklichkeit der TV-Politikmagazine
- **OBS-Arbeitsheft 80**
Wolfgang Merkel
Nur schöner Schein?
Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 79***
Fabian Virchow, Tanja Thomas, Elke Grittmann
„Das Unwort erklärt die Untat“
Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik
- **OBS-Arbeitsheft 78***
Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz
Missbrauchte Politik
„Bild“ und „BamS“ im Bundestagswahlkampf 2013
- **OBS-Arbeitsheft 77***
Werner Rügemer, Elmar Wigand
Union-Busting in Deutschland
Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung
- **OBS-Arbeitsheft 76***
Marvin Oppong
Verdeckte PR in Wikipedia
Das Weltwissen im Visier von Unternehmen
- **OBS-Arbeitsheft 75***
Olaf Hoffjann, Jeannette Gusko
Der Partizipationsmythos
Wie Verbände Facebook, Twitter & Co. nutzen
- **OBS-Arbeitsheft 74***
Alexander Hensel, Stephan Klecha
Die Piratenpartei
Havarie eines politischen Projekts?
- **OBS-Arbeitsheft 73**
Fritz Wolf
Im öffentlichen Auftrag
Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 20

Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme,
Profile und Potenziale